

Legalisierter Diebstahl: Der Fiskus und der Raub „jüdischen Vermögens“ in Stadt und Landkreis Gießen 1933-1945

Susanne Meinel

„Mitte September 1942 erschienen bei den jüdischen Familien, die man in einigen Häusern Giessens zusammengepfercht hatte, Beamte der ‚Gestapo‘ und befahlen ihnen, die Koffer zu packen. Jeder durfte einen Rucksack oder Koffer mitnehmen und ausserdem noch Handgepäck, soviel er tragen konnte. Die Sachen mussten in Gegenwart der ‚Gestapo‘ gepackt werden, und was den Herren nicht genehm war, durfte nicht mitgenommen werden. [...] Ebenso nahm man uns bereits in Giessen Geld und andere Wertgegenstände ab. Zwei Stunden später erschien ein Lastwagen und brachte uns in eine Schule. Dorthin kamen im Laufe des Tages auch alle Juden aus der Umgebung. Drei Tage blieben wir in Giessen liegen, und dann brachte man uns nach Darmstadt. Beim Verladen bekam man schon einen kleinen Vorgeschmack von dem was uns in Zukunft erwartete; denn es hagelte nur so von Fusstritten und Schimpfworten schlimmster Art. [...] In Darmstadt, dem Sammelplatz für alle Juden des Volksstaates Hessen [...] wurden wir nochmals durchsucht. Bei dieser Durchsuchung wurde uns alles, was wir vielleicht noch an Wertgegenständen wie Uhren, Geld oder Gold bei uns hatten, abgenommen.“ Anschließend zwang man die Verschleppten die Einzugsurkunde ihres Vermögens, die sie als Staatsfeinde einstuft, zu unterzeichnen: „Dann wurden wir in 2 Gruppen geteilt. Zu der einen Gruppe gehörten alle Juden unter 65 Jahren, zu der anderen alle über 65 Jahren, Schwerkriegsbeschädigte und Inhaber des Ehrenkreuzes. Diejenigen über 65 kamen nach Th[eresienstadt], die anderen wurden nach Polen verschleppt.“¹

Der Schreiber dieses Berichtes, der Gießener Louis Stern, war vom Schicksal begünstigt: Er kam nicht in eines der Vernichtungslager, sondern überlebte in Theresienstadt und kehrte 1945 nach Gießen zurück. Vom Finanzamt Gießen erhielt er 1946 „jüdisches“ Mobiliar als Ersatz für das ihm geraubte.² Verbittert schrieb er in einem Bericht für die amerikanische Militärregierung: „Keiner wollte Nazi gewesen sein ... Alle waren dagegen und doch hat alles mitgemacht“ - auch die Finanzbeamten, die an der „Verwaltung und Verwertung jüdischen Eigentums“ beteiligt waren und dafür in der Regel juristisch nie zur

1 Ludwig [Louis] Stern, K.Z.-Theresienstadt, o. Dt., Stadtarchiv Gießen, 86/55.

2 Empfangsbescheinigung Louis Stern, Rückerstattungsverfahren Soetbeer, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStA W), Abt. 519/2, Nr. 2763

Rechenschaft gezogen wurden. Einige von ihnen gaben in den Rückerstattungs- und Entschädigungsverfahren vor der Wiedergutmachungskammer Gießen gleichwohl Einblick in das, was sich nach dem Abtransport in den Wohnungen der Deportierten abgespielt hatte:

„Nach dem Abtransport der jüdischen Bürger wurden die Wohnungen von Polizei-Dienststellen versiegelt. Die Schlüssel in Umschlägen zusammen mit den Vermögensverzeichnissen kamen dann an uns. Ich musste als Kassenleiter die Schlüssel verwahren. Etwa 14 Tage nach der Versiegelung habe ich zusammen mit Regierungsrat Beuthner einen Rundgang gemacht und dort die Wohnungen an Hand der Vermögensverzeichnisse besichtigt. Wir haben dabei insbesondere nach Wertsachen Ausschau gehalten, also Gold, Silber, Schmuck usw. Dann wurde das Haus wieder abgeschlossen und wieder neu versiegelt, und zwar mit extra dafür angefertigten Papierstreifen und Stempel des Finanzamts. Wiederum einige Zeit danach kam eine Anweisung vom Oberfinanzpräsidenten in Darmstadt, dass die von uns verwalteten jüdischen Sachen an die NSV [Nationalsozialistische Volkswohlfahrt] zu verkaufen seien. Es wurden also an die NSV verkauft sämtliche Sachen aus den Wohnungen der jüdischen Bürger [...]. Die Sachen wurden dazu Stück für Stück aufgenommen. Die NSV hat die Sachen bezahlt und ich musste sie vereinnahmen. Damit war meine und unsere Tätigkeit überhaupt in Möbelangelegenheiten beendet.“³

Der Leiter des Gießener Finanzamts, Oberregierungsrat Wilhelm Schmidt, ergänzte lapidar: „Nach höherer Weisung wurden Wertsachen, Sammlungen etc. durch eine Zentralstelle in Wien verwertet, Bücher durch eine Zentralstelle in Thüringen, Nähmaschinen gingen an eine Zentralstelle in Lodz zur Verwertung in Wehrmachtsreparaturwerkstätten, über echte Teppiche und Gemälde verfügte der Oberfinanzpräsident. [...] Über Art und Weise einzelner Sachen kann ich keine Auskunft geben. [...] Es war mir gelungen, das Finanzamt von der Verwertung der Gegenstände freizuhalten.“⁴

Alltag der Verwertungsbeamten im Jahr 1942. Diesen Statements wäre viel hinzuzufügen, beispielsweise, dass die Finanzämter Gießen, Hungen⁵ und Grünberg keineswegs von der Verwertung der Gegenstände „freigehalten worden waren“, dass keineswegs alles über Zen-

3 Aussage Steuerinspektor Heinrich Keller o.Dt., Anlage zu den Terminprotokollen vom 11. September 1951, HHSStA W, Abt. 519/2, Wiedergutmachungskammer Gießen, Rückerstattungsverfahren Fritz Krebs.

4 Schreiben ORR Wilhelm Schmidt an die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Gießen v. 11.9.1951, ebd.

5 1943 mit dem Finanzamt Gießen zusammengelegt.

tralstellen, schon gar nicht in Wien, abgewickelt wurde,⁶ und dass die Nähmaschinen nicht für Reparaturzwecke der Wehrmacht, sondern zur groß angelegten Zwangsarbeit in Lodz, im „Ghetto Litzmannstadt“, der dorthin deportierten Juden verwandt wurden: „Man spricht im Reich von der Division Getto Litzmannstadt; denn die hier arbeitenden jüdischen Handwerker haben eine Division Handwerker im Reich für den Wehrmachtsdienst freigemacht“, schrieb Anfang November 1941 einer der deutschen Ghetto-Administratoren an den Reichsführer SS.⁷

Doch unter denen, die hier für Neckermann und andere große oder kleine Profiteure des NS-Unrechtsstaats Zwangsarbeit leisteten, befand sich vermutlich kein Gießener - die Deportationszüge von Darmstadt gingen nach Treblinka und Theresienstadt.⁸

Auch in Gießen litten einige der aussagenden Finanz- und Polizeibeamten am „typisch deutschen Gedächtnisschwund“, wie dies einer der in den Rückerstattungsverfahren tätigen Anwälte bitter vermerkte:⁹ Es sollten erst vierzig Jahre vergehen, bis die Tätigkeit des Fiskus bei der „Verwaltung und Verwertung jüdischen Vermögens“ in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückte.¹⁰ Die Ausstellung „Betrifft: Aktion 3 - Deutsche verwerten jüdische Nachbarn“ von Wolfgang Dreßen zeigte anhand des Beispiels Köln, wie eine scheinbar mitleidlose Bürokratie das Hab und Gut eines Teils der deutschen Bevölkerung verwertete und dies unter handfester Beteiligung eines anderen, großen Teils der deutschen Bevölkerung.¹¹ In Hessen führte die bemerkenswerte Resonanz auf die Ausstellung dazu, dass der hessische Finanzminister Karl Starzacher (SPD) 1998 die Finanzbehörden des Landes anwies, auch in ihren Altregistraturen nach derartigem Aktenmaterial zu suchen. Die Übergabe der in Hessen aufgefundenen Konvolute an das Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden führte zu einem ersten Dokumentations- und For-

6 Vgl. dazu beispielsweise auch das „Zweite Merkblatt für die Verwaltung und Verwertung des dem Reich verfallenen Vermögens der abgeschobenen Juden“ vom 19. September 1942 des OFP Werth weiter unten im Text.

7 Zum Ghetto Lodz vgl. „Unser einziger Weg ist Arbeit“. Das Getto in Lodz 1940-1944, hg. v. Hanno Loewy und Gerhard Schoenberger. Wien 1990; Oskar Singer, „Im Eilschritt durch den Gettotag ...“. Reportagen und Essays aus dem Getto Lodz, hg. v. Sascha Feuchert, Erwin Leibfried u.a., Berlin, Wien 2002.

8 Monica Kingreen, Gewaltsam verschleppt aus Oberhessen. Die Deportation der Juden im September 1942 und in den Jahren 1943-1945, in: MOHG NF 85 (2000), S. 5-95.

9 So der Kommentar des Gießener Anwalts Dr. Kurt Paetow zu den üblichen Zeugenausagen in den Rückerstattungsverfahren.

10 Eine Ausnahme bildet lediglich die umfassende Studie von Hans Günther Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Tübingen 1974.

11 Wolfgang Dreßen, Betrifft „Aktion 3.“ Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung. Berlin 1998.

schungsprojekt, das - nach dem Regierungswechsel auch von der neuen Landesregierung unterstützt - seit Frühjahr 2000 vom Fritz-Bauer-Institut durchgeführt wurde.¹²

Die zahllosen Akten des Fiskus bilden die Basis für diese erste Beschreibung der Rolle der Finanzämter bei der Verfolgung der oberhessischen Juden anhand ausgewählter Einzelbeispiele. Eine umfassende Studie über das Schicksal jüdischer oder als Juden verfolgter Bürgerinnen und Bürger der Stadt und des Landkreises Gießen steht gleichsam trotz der verdienstvollen Studien von Erwin Knauf und Kurt Heyne bis heute noch aus.¹³ In den letzten Jahren erschienene Aufsätze von Monica Kingreen über die Deportationen aus Oberhessen und das Schicksal einzelner Familien¹⁴ geben erste Einblicke in die Leichenfledderei, die die Finanzämter nach den Transporten in die Ghettos und Vernichtungslager betrieben: „Organisierter Raubmord“ nannte dies beispielsweise Mathilde Cahn in ihrem Tagebuch, die als „arische“ Ehefrau des letzten, durch seine „Mischehe“ vor dem Tod geschützten Frankfurter Rechtsanwalts und Konsulenten Max L. Cahn Einblick in die perfide Ausplünderungsmaschinerie in Hessen hatte wie kaum eine andere Zeitzeugin.¹⁵

Die Aktenlage kann trotz der beträchtlichen Verluste durch die Kriegseinwirkung und gezielten Aktenvernichtung im Frühjahr 1945 inzwischen durch das von der Hessischen Landesregierung geförderte Dokumentations- und Erschließungsprojekt als relativ gut bezeichnet werden. Die Ergebnisse dieses Projekts und die bereits seit einigen Jahren in den hessischen Staatsarchiven Wiesbaden und Darmstadt liegenden Devisen-, Rückerstattungs-, Entschädigungs- und Verwertungsakten ermöglichen neue Studien zur Geschichte der als Juden Verfolgte in den Jahren bis 1945 und darüber hinaus.¹⁶

12 Vgl. Susanne Meinl, „Niemand hat gefragt, was mit den Deportierten geschieht“. Dokumentations- und Forschungsprojekt zur fiskalischen Entrechtung und Ausplünderung der Juden 1933-1945, in: Fritz Bauer Institut, Newsletter, 9. Jg., Nr. 18 (Frühjahr 2002), S. 13 f.; diess., Der Raubzug des Fiskus, in: ebd., Jg. 9, Nr. 19 (Herbst 2000), S. 11 ff.

13 Erwin Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945. Eine Dokumentation, 3 erw. Auflage, Wiesbaden 1982; Kurt Heyne u.a., Judenverfolgung in Gießen und Umgebung 1933-1945, in: MOHG NF 69 (1984), S. 1-315.

14 Monica Kingreen, Jüdisches Landleben in Windecken, Ostheim und Heldenbergen, Hanau 1995, 2. Auflage; diess., Gewaltsam verschleppt, S. 5-58; diess., Michael Maynard, Erinnerungen eines jüdischen Jungen an die Jahre 1933-1939. Alsfeld-Frankfurt-Gambach-KZ-Buchenwald, in: MOHG NF 86 (2001), S. 69-88.

15 In Auszügen 1999 im Band 65 des „Archivs für Frankfurter Geschichte und Kunst“ veröffentlicht.

16 Die Liste der erschlossenen Akten können über die Homepage des Hauptstaatsarchivs Wiesbaden aufgerufen werden.

Auch das Stadtarchiv Gießen verfügt über einen wichtigen Aktenfund, der Bestand so genannter „Steuerakten jüdischer Bürger“, die vom Finanzamt Gießen an das Stadtarchiv Gießen abgegeben wurden.¹⁷ Dahinter verbergen sich allerdings keine Steuerakten, sondern Vermögensakten zahlreicher Juden aus Gießen und der Umgebung. Sie stammen vermutlich aus der Obhut des letzten Konsulenten in Gießen, Dr. Ludwig Rosenthal,¹⁸ und des Vermögensverwalters und Diplom-Volkswirtes, Dr. Wilhelm Bachenheimer,¹⁹ die beide zahlreiche der in Gießen verbliebenen Juden bei der Verwaltung ihrer Vermögen oder

17 An dieser Stelle eine kurze Bemerkung zu dem Aktenbestand. In einer Akte findet sich ein Klebezettel mit dem Vermerk „Rollschrank 10 - Judenakten Finanzamt“. Es sind jedoch keine eigentlichen Finanzamtsakten, d.h. reguläre Steuer- oder Vermögensverwertungsakten. Zahlreiche der Akten stammen aus dem Besitz des Vermögensverwalters Dr. Wilhelm Bachenheimer, oder des Rechtsanwalts und letzten Giessener „Konsulenten“, Dr. Ludwig Rosenthal, die das Vermögen verstorbener, bereits deportierter oder ausgewanderte Giessener Juden verwalteten. Sie gelangten bei der Abwicklung der Wohnungen an die Verwertungsstelle des Finanzamts. Für diese Hypothese spricht, dass die Akte von Louis Stern beispielsweise den Vermerk enthält: „Von NSV (Hortig) [der Kreisamtsleiter der NSV] erhalten - 01. 10.1942“ unterzeichnet mit der Paraphe „L.“, vermutlich vom Verwertungsbeamten Heinrich Lochmann.

Ein Abgleich mit der Liste der im September aus Gießen deportierten Juden macht deutlich, dass es sich um die bei dieser „Aktion“ oder „Welle“ angefallenen Akten handelt. Der Vernichtung durch die Bombenangriffe auf Gießen insbesondere im Dezember 1944 entgingen sie vielleicht deshalb, weil sie in einem anderen Zimmer als die Verwertungsakten untergebracht waren, die bei einem Volltreffer auf das Finanzamt angeblich verbrannten. Warum sie bei der vom Reichsfinanzminister angeordneten Vernichtung der Judenakten im September 1944 und Februar 1945 nicht eingestampft oder verbrannt wurden, ist unbekannt. Für eine gezielte Aufbewahrung spricht, dass diese Vermögensakten zahlreiche Hinweise auf ausstehende Schulden etc. enthalten. Diese Akten unterlagen einer zentralen Aufbewahrungsfrist, da nach dem Endsieg die „Entjudung“ noch einmal auf mögliche „Arisierungsgewinne“ überprüft und die Nutznießer zu einer Zahlung an den Staat verpflichtet werden sollten. Glaubte da im Giessener Finanzamt noch jemand an den Endsieg oder wollte er sich für die Nachkriegszeit ein Alibi verschaffen?

18 Dr. Ludwig Rosenthal wurde im September 1942 mit seinem Vater Marcus und seiner Mutter Rosa nach Theresienstadt deportiert. Er starb dort im Februar 1943, vgl. Erwin Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945. Eine Dokumentation, 3. erw. Auflage, Wiesbaden 1982, S. 237 f. Nach Erinnerungen des Theresienstadt-Überlebenden Ludwig Stern wurde Ludwig Rosenthal von Theresienstadt nach Polen deportiert (Auschwitz?) und umgebracht, sein Vater starb im Januar 1943 in Theresienstadt, vgl. Ludwig Stern, K.Z.-Theresienstadt, o. Dt., Stadtarchiv Gießen, 86/55.

Seine Verwertungsakte blieb nicht erhalten, jedoch die seines Vaters, die zahlreiche Hinweise auf die Verwertung des Besitzes enthält, vgl. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt HStA D, G 36, Nr. 39, Verwertungsakte Marcus Rosenthal.

19 Dr. Wilhelm Bachenheimer, Diplom-Volkswirt wurde im September 1942 nach Theresienstadt (?) deportiert. Er starb in Auschwitz, vgl. Knauf, Jüdische Bevölkerung Gießens, S. 213.

der Vorbereitung der Flucht berieten.²⁰ Ludwig Rosenthal und sein verzweifelter Versuch, noch in den Monaten vor dem Kriegseintritt der USA und dem Verbot der legalen Auswanderung aus Deutschland zu flüchten, ist eines der Schicksale der 1933 als „Juden“ registrierten Gießener (1.264 Personen, als Juden hatten sich selbst nur 855 bei der Volkszählung 1933 bezeichnet)²¹ aus der Stadt und dem Landkreis, die anhand ihrer Steuer-, Devisen-, Verwertungs- oder Rückerstattungsakten in einer ersten Rekonstruktion skizziert werden: Das des 1937 in die USA geflüchteten Rechtsanwalts Albert Aaron, der Landjudenfamilie Grünebaum, des Arztes Franz Soetbeer, der als sogenannter „Halbjuden“ 1933 seine Professur an der Giessener Universität verloren hatte, des bekannten Bankiers Moritz Herz, des jungen Kaufmannsohnes Ingbert Fuld und des letzten Gießener „Konsulenten“, Ludwig Rosenthal.²²

Doch zuvor ein Blick auf die Behörde, den Reichsfiskus, und seine Dienststellen im Bereich des heutigen Landes Hessen. Denn auch die hessischen Finanzbehörden empfanden sich selbst „in vorderster Front gegen die Juden“ eingesetzt²³ - und handelten entsprechend.

20 Das Bestandsverzeichnis führt zwar Einzelakten zu Bachenheimer und Rosenthal auf, die Akten selbst sind inzwischen erst provisorisch geordnet und vorverzeichnet. Der Steueramtmann Georg Hambach erinnerte sich 1951 daran, dass von den bei dem Bombenangriff vom 6. Dezember 1944 verrannten Akten fast keine Verwertungsakten übrig geblieben seien. Er selbst kenne aus der Zeit nach 1945 „nur ein anscheinend übrig gebliebenes Aktenstück Ludwig Rosenthal“. Aussage Georg Hambach o.Dt., Anlage zu den Terminprotokollen vom 11. September 1951, HHStA W, Abt. 519/2, Wiedergutmachungskammer Gießen, Rückerstattungsverfahren Fritz Krebs.

21 Zahlen nach Erwin Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945. Eine Dokumentation, 3 erw. Auflage, Wiesbaden 1982, S. 34; Thea Altaras, Stätten der Juden in Gießen. Von den Anfängen bis heute, Königstein/Ts. 1998, S. 42.

22 Einige der Schicksale werden auch in der Ausstellung „Legalisierter Raub - Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945“ des Fritz Bauer Institutes und des Hessischen Rundfunks aufgegriffen, die im Frühjahr 2003 in Gießen zu sehen sein wird.

23 So die Formulierung des Regierungsrats und persönlichen Referenten im Reichsfinanzministerium, Wilhelm Dohnandt, zur „Judenvermögensabgabe“ in der „Deutschen Steuerzeitung“ v. 28.1.1939, zit. n. Stefan Mehl, Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der deutschen Juden. Berlin 1990, S. 73.

I. Der Aufbau der Reichsfinanzverwaltung



Abb. 1 Die OFP-Bezirke Kassel und Darmstadt, HHStA Wiesbaden

Auf dem Gebiet des heutigen Landes Hessen existierten zwei Oberfinanzpräsidien: Kassel und „Hessen in Darmstadt“, kurz: Darmstadt.

Der Oberfinanzbezirk Kassel umfasste die preußische Provinz Hessen-Nassau (die Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden), zum Oberfinanzbezirk Darmstadt zählten die Gebiete des früheren Volksstaates Hessen: Rheinhessen (heute Rheinland-Pfalz), Starkenburg und Oberhessen. Entsprechend der regionalen Zuständigkeit der beiden OFPs (bis 1937 Landesfinanzämter) war jedem Oberfinanzpräsidenten eine Devisenstelle zugeordnet (die institutionell jedoch dem Reichswirtschaftsministerium unterstanden); zusätzlich bestand in Frankfurt, mit rund 5% 1933 eine der Städte mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil im Deutschen Reich,²⁴ eine weitere Devisenstelle. Die zu meist von Reichsbankdirektoren geleiteten Devisenstellen überwachten in Kooperation mit den örtlichen Finanzämtern und dem Zoll den Zahlungsverkehr, die Auswanderung und später jegliche Finanztransaktionen der Juden; Verstöße wurden zum Teil mit drakonischen Strafen geahndet.

Obwohl Kompetenz und Aufgaben eindeutig geregelt waren, ist aufgrund der disparaten Aktenlage nur wenig über die hessischen Devisenstellen bekannt, sieht man von den Tausenden von Einzelfallakten aus dem Bereich des OFP Kassel ab.²⁵ Einem Dossier der US-Militäradministration lässt sich zumindest für die Devisenstelle Frankfurt eine Personalstruktur erkennen: So arbeiteten in der Devisenstelle vor allem ehemalige oder noch im Amt befindliche, dorthin delegierte Bankbeamte, die vor ihrem Eintritt früher häufig in „jüdischen“ Banken gelernt und gearbeitet hatten. Ihre intimen Kenntnisse machten sie zu wertvollen und willigen Funktionsträgern des NS-Staates, deren Partei jedoch nur ein kleiner Teil angehörte.²⁶ Von der Devisenstelle Darmstadt, in deren Zuständigkeitsbereich Gießen fiel, ist durch die fast vollkommene Vernichtung der Unterlagen im September 1944 wenig bekannt; die Devisenakten wurden bis auf die Kartei vollständig

24 Vgl. Monica Kingreen: „Einführung“. In: diess. (Hg.): Nach der Kristallnacht. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945. Frankfurt/M., New York 1999, S. 9.

25 Das Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden verwahrt etwa rund 40.000 Einzelfallakten der Devisenstellen Frankfurt und Kassel. Auch wenn es sich hier nicht nur um als Juden oder „jüdische Firmen“ Verfolgte handelt, so dürfte dieser Bestand einer der umfangreichsten Bestände an Devisenakten in Deutschland sein.

26 OMGUS-Files der Devisenstelle Frankfurt und Castle (sic!) sowie die Übersicht im File „Devisenstelle-Organization and functions“, United States National Archives, College Park, RG 260: Records of the Property Division Branch - Records of the Branch Chief 1944-1950, Box 6. In den Archives werden übrigens auch erst seit kurzem freigegebene Berichte des Counterintelligence Corps der US Army über die politische und ökonomische Situation in der Stadt Gießen von 1945 bis 1951 verwahrt, die interessante Informationen zur Bildung der politischen Parteien, der Entnazifizierung und der „Wiedergutmachung“ enthalten.

vernichtet. Aber auch die beiden anderen Devisenstellen waren an der Ausplünderung der Giessener Juden beteiligt, z.B., wenn diese in Vorbereitung ihrer „Auswanderung“ nach Frankfurt gezogen waren oder Besitz in der Stadt oder dem Landkreis Gießen hatten. Zusammen mit der Gestapo, städtischen Behörden, den Industrie- und Handelskammern, Auswandererberatungsstellen, den Banken, die mehr oder minder voreuseilend gehorsam die Wertpapierdepots, Safes und Konten anmeldeten und später dem Fiskus auslieferten, war schon Mitte der dreißiger Jahre ein Netzwerk der Kontrolle und Überwachung entstanden, das als Basis bei der Ausplünderung der Emigranten und Deportierten fungierte.

Eingebunden in dieses Netzwerk waren auch die Post und Speditionsunternehmungen und vor allem auch der deutsche „Volksgenosse“ und die „deutsche Volksgenossin“: Sie trugen mit Denunziationen an die Gestapo, die Partei und die Finanzämter nachdrücklich zur Einleitung von Strafverfahren und Devisenprüfungen und den Zwangsverkäufen - der so genannten Arisierung - von Geschäften und Grundstücken bei. Doch auch dieses spezielle Kapitel der „Ordinary Germans“ ist bislang für Gießen und Oberhessen nur in Ansätzen beschrieben worden.²⁷

II. Das politische Selbstverständnis der hessischen Finanzbeamten

Bereits vor 1933 zählten Teile der Beamtenschaft zu den Anhängern Hitlers.²⁸ So waren beispielsweise die beiden hessischen Gauleiter Jakob Sprenger (Frankfurt) und Karl Weinrich (Kassel) ehemalige Beamte der Reichspost bzw. der Reichsfinanzverwaltung, der Leiter des Reichsbundes der Deutschen Beamten, der einstige Oberzollsekretär Hermann Neef, war „Alter Kämpfer“ und Landtagsabgeordneter der hessischen NSDAP. Vom Finanzbeamten Dr. Dexheimer vom Finanzamt Gießen ist bekannt, dass er schon 1932 der NSDAP angehörte.²⁹

27 Vgl. Dieter Steil, Juden im Wirtschaftsleben des Kammerbezirks, in: 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Gießen. Wirtschaft in einer Region, hg. v. Helmut Berding, Darmstadt 1997, S. 113-140.

28 Vgl. dazu Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966; zur Rolle der Beamten beim Aufstieg der hessischen NSDAP Eberhard Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim/Glan 1972; als Selbstzeugnis Adalbert Gimbel, Karl Hepp, So kämpften wir! Schilderungen der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau, Frankfurt 1941.

29 Entnazifizierungsakte Dr. Hans Werth, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover.



Abb. 2: Heinrich Voß, Oberfinanzpräsident von Kassel, 1936-1943 (Bundesfinanzakademie)



Abb. 3: Dr. Hans Werth, Oberfinanzpräsident von Darmstadt, 1936-1945 (Bundesfinanzakademie)

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten forderte das Reichsfinanzministerium, insbesondere der Staatssekretär und „Alte Kämpfer“ Fritz Reinhardt, die Finanz- und Zollbeamten nachdrücklich zum Eintritt in die NSDAP auf. Auch die Oberfinanzpräsidenten Heinrich Voß (Kassel) und Dr. Hans Werth (Darmstadt) unterstützten die Werbekampagnen um den „deutschen Beamten“. Obwohl sich die Mehrheit der Beamten als treue Staatsdiener empfanden und die NS-Gesetze ohne größeren Widerstand durchführten, traten trotz der ideologischen Indoktrination und des Drucks der Vorgesetzten bis 1937 zumeist nur diejenigen in die NSDAP ein, die sich als Anhänger des neuen Regimes betrachten oder sich davon berufliche Vorteile versprachen. Wer sich der Partei verweigerte, musste mit Karriereachteilen rechnen; entlassen wurde er jedoch nicht. Bis 1937 war nur etwa ein Drittel der Finanzbeamten dem Ruf der Partei gefolgt. In einem Rundschreiben des „Amtes für Beamte“ im Gau Kurhessen vom Oktober 1937 heißt es mit drohendem Unterton: „Die Partei erwartet den deutschen Beamten. Ein Beamter, der nicht die Absicht hat, der

NSDAP zu dienen, kann logischerweise nicht die Absicht haben, ehrlich dem deutschen Volk zu dienen.“³⁰ Auch der Oberfinanzpräsident von Darmstadt legte seinen Beamten 1937 nahe, in die NSDAP einzutreten: „Der Beamte im Reich Adolf Hitlers ist Verwaltungssoldat.“³¹

Die massive antisemitische Propaganda stieß innerhalb der Reichsfinanzverwaltung auf weitgehende Zustimmung. Bei ihrer täglichen Arbeit begleitete die Finanzbeamten ein klares Feindbild: der Jude als „Steuerbetrüger“ und „Devisenschieber“. Zum antisemitischen Credo seit Jahrzehnten gehörte auch die Vorstellung, der vermeintliche Reichtum der Juden beruhe auf der Ausbeutung der „deutschen Bevölkerung“. Damit wurde der Raub als Staatsnotwehr gewissermaßen legitimiert und ein womöglich schlechtes Gewissen damit beruhigt, man „hole sich vom Juden ja nur das zurück, was er einem gestohlen habe“ - eine Argumentation, die sich unterschwellig oder auch ganz offen in den zahllosen Erwerberbriefen wieder findet, die an den Fiskus gerichtet wurden, um Häuser, Wohnungen oder Mangelwaren aus „jüdischem Besitz“ vom Finanzamt kaufen zu können.

An der Spitze des Oberfinanzbezirks Darmstadt stand ein ausgewiesener Antisemit: der 1883 geborene Dr. Hans Werth, 1936 von Hannover nach Darmstadt versetzt.³² Er kam aus dem deutschnational-völkischen Umfeld: Seit 1925 gehörte das Gründungsmitglied der „Deutschnationalen Volkspartei“ zu den Anhängern des „Alldeutschen Verbandes“, einer Gruppierung, die 1923 an einem Notverfassungsentwurf beteiligt war, der nach dem gelungenen Hitler-Putsch in Kraft treten sollte und die Enteignung der Juden unter Einweisung in Konzentrationslager forderte.³³

30 Rundschreiben des Amts für Beamte der NSDAP, Kreisleitung Kassel, 30.10.1937, HHStA W, Abt. 520, Kst-II 244/46, Spruchkammerakte Adolf von Heppe. Heppe war Vorsteher des Finanzamts Kassel-Innenstadt.

31 Der Oberfinanzpräsident Hessen, Betr.: Mitarbeit der Beamten usw. in der NSDAP, 7.10.1937, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Entnazifizierungsakte Dr. Hans Werth.

32 Zu Werth vgl. die bereits genannte Entnazifizierungsakte sowie seine Nachkriegs-Personalakte der Finanzverwaltung Hannover, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, NDS 200, Acc. 2000/44, Nr. 9.

33 Vgl. Susanne Meinel, „Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der in Deutschland aufhältlichen Angehörigen des jüdischen Volkstums ist beschlagnahmt“. Antisemitische Wirtschaftspropaganda und völkische Diktaturpläne in den ersten Jahren der Weimarer Republik, in: „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis. Jahrbuch 2000 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Für das Fritz Bauer Institut hg. von Irmtrud Wojak und Peter Hayes, Frankfurt/M., New York 2000, S. 31-58.



Abb. 4: Feindbild "Devisenschieber". Ein Propagandawagen des Zoll vor dem Kurhaus Wiesbaden, 1939 (Deutsche Zollbeamtenzeitung 1939)

Sein Amt als Oberfinanzpräsident führte Werth mit harter Hand. Er galt als strenger, aber fürsorglicher Vorgesetzter, der auch die Beamten vor Entlassungen und Schikanen schützte, die „jüdisch versippt“ waren. Wer als NS-Gegner jedoch sein Missfallen erregte, musste damit rechnen, als „getarnter Jude“ denunziert zu werden, wie dies beispielsweise dem Regierungsrat Nikolaus vom Finanzamt Friedberg geschah.

Werth war besonders intensiv in die „Verwaltung und Verwertung“ des gestohlenen Gutes eingebunden; er scheute auch nicht davor zurück, sich selbst zu bereichern, wie man später lesen können wird.³⁴

Von den Vorstehern der Finanzämter Gießen, Hungen und Grünberg liegen nur die Entnazifizierungsakten von Oberregierungsrat Wilhelm Schmidt (Gießen) und Regierungsrat Max Beuthner (Hungen) vor. Beide tauchen bislang weder in den erhalten gebliebenen Verwertungsakten, noch in den Berichten von Überlebenden als exponierte Antisemiten auf, sondern als brave Beamte, die wegen ihrer Amtstreue manchen Konflikt mit den machthungrigen und korrupten NS-Funktionären

34 Dies wird aus den Verwertungsakten insbesondere der Finanzämter Offenbach und Friedberg deutlich, die im Staatsarchiv Darmstadt aufbewahrt werden.

zu bewältigen hatten und den vorrangigen Zugriff auf das „jüdische Vermögen“ einklagten.³⁵

III. Der Fiskus und die „legalisierte Ausplünderung“

Das erklärte Ziel des NS-Regimes war zunächst die Flucht der Juden aus Deutschland. Die antisemitische Gesetzgebung zielte drauf ab, sie durch Verdrängung aus dem kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zum Verlassen des Landes zu bewegen, möglichst nach Übersee. Die Emigration zu erzwingen, bedeutete jedoch nicht zwangsläufig, diese gleichzeitig durch institutionelle und logistische Hilfeleistungen oder finanzielle Anreize zu fördern. Ganz im Gegenteil: Zahlreiche Abgaben und Bestimmungen, mittels der dem „Auswandernden“ möglichst viel seines Eigentums geraubt werden sollte, standen der politischen Intention scheinbar entgegen.

Ein massives Hindernis für die deutschen Juden war vor allem die so genannte „Reichsfluchtsteuer“, die bereits im Dezember 1931 aus Angst vor weiterer Kapitalflucht aus Deutschland von der Regierung Brüning erlassen. Diese Zwangsabgabe betraf bis zum Mai 1934 alle diejenigen, die mehr als 200.000 RM Vermögen besaßen oder Einkommen von mehr als 20.000 RM erwirtschafteten. Die Höhe der Steuer betrug 25% des steuerpflichtigen Vermögens. Im Mai 1934 wurden die Freibeträge auf 50.000 RM und 10.000 RM drastisch gesenkt und dem Fiskus das Recht eingeräumt, zur Eintreibung der Steuer eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlichen Reichsfluchtsteuer einzufordern.

Getrieben von der Angst, der Auswandernde könne sein Vermögen am Fiskus vorbei ins Ausland verbringen und um eine möglichst lückenlose Überwachung der potentiellen jüdischen „Steuerflüchtlinge“ zu gewährleisten, so der Aktenduktus, waren die regionalen Finanzämter, Hauptzollämter und die Devisenstellen zur engen Zusammenarbeit mit den örtlichen Polizei- und Meldebehörden angewiesen.³⁶ In die Überwachung der jüdischen Auswanderer wurden ab 1937 auch Post, Reichsbahn, Makler und Spediteure einbezogen.³⁷

35 Spruchkammerakten Max Beuthner (HHStA, Abt. 520, Gi-1727), Wilhelm Schmidt, (HHStA W, Ab. 520, Gi-Z, 930). Eine Studie zu den in die Verwaltung und Verwertung eingebundenen hessischen Finanzbeamten befindet sich in Vorbereitung.

36 Reichsflucht Nr. 2 (Reinschrift des Steckbriefes), LA Berlin, A Rep 092, Nr. 45490, Bl. 172.

37 Vgl. Dorothee Mußnug, Die Reichsfluchtsteuer 1931 - 1953. Berlin 1993, S. 36 ff.

Wie wichtig die Reichsfluchtsteuer als Einnahmequelle für das durch die Aufrüstungspolitik von leeren Kassen und Devisenmangel geplagte NS-Regime war, mögen einige Zahlen verdeutlichen: Das Steueraufkommen des Reichs aus der Fluchtsteuer stieg ab 1935 stetig an: Im Rechnungsjahr 1935/36 konnte der Fiskus 45,3 Millionen verbuchen, im Folgejahr 69,9 Millionen und 1937/38 81 Millionen Reichsmark. Bis zu diesem Zeitraum hatten etwa 130.000 Juden Deutschland verlassen, 1938/39 flüchteten noch einmal etwa 118.000 aus dem Reich. Nach den Pogromen im November 1938 ging die höchste Steuersumme ein, die in diesem Jahr sogar das Vermögenssteueraufkommen des gesamten Reiches bei weitem übertraf: 342,6 Millionen RM. In den ersten Kriegsjahren, in denen es nur noch wenigen Juden gelang, Deutschland zu verlassen, bis die Auswanderung im Oktober 1941 gänzlich verboten wurde, ging die Reichsfluchtsteuer erheblich zurück.³⁸

Auch im Gebiet des heutigen Hessen war ein enormer Anstieg der Reichsfluchtsteuer zu verzeichnen: Betrug sie für den Bereich des OFD Kassel für das Rechnungsjahr 1937 noch rund 8,9 Millionen RM, so stieg sie im Rechnungsjahr 1938 um rund 17,5 Millionen auf rund 26,5 Millionen RM.³⁹ Für den Bereich des OFP Darmstadt liegen keine Zahlen vor; angesichts der demographischen und ökonomischen Struktur der früheren Provinzen des Volksstaates kann man etwa ein Drittel der oben genannten Summe für JUVA und Reichsfluchtsteuer veranschlagen.

Jedoch nicht nur die „Reichsfluchtsteuer“ verhinderte die breite Auswanderung der jüdischen Bevölkerung. Rigide Auswanderungsbestimmungen, ein kostspieliges und zeitraubendes Procedere und der finanziell kaum lohnende Vermögenstransfer standen der intendierten forcierten Auswanderung entgegen. Der jüdische Flüchtling musste vor seiner gelungenen Emigration eine Odyssee durch zahlreiche Ämter, Beratungsstellen und Konsulate antreten. Die Auswandererakte von Ludwig Rosenthal ist ein nachhaltiges Beispiel dafür.⁴⁰

War ein Transfer von Vermögenswerten ins Ausland geplant, bedurfte es eines Gutachtens der Auswandererberatungsstelle und der Industrie- und Handelskammer. Diese Gutachten musste zusammen mit

38 Vgl. Mehl, RFM, S. 41-50; Mußnug, Reichsfluchtsteuer, passim; Gundi Mohr, Die fiskalische Ausbeutung der Juden im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Rolle der Finanzverwaltung 1933 - 1945. Frankfurt/M. 1996.

39 Zahlen nach: HHStA Wi, Abt. 519, Ordner Kassel o. T., Landesfinanzamt Kassel, Übersicht der Einnahmen an Besitz- und Verkehrssteuern sowie an Zöllen und Verbrauchssteuern, Rechnungsjahr 1938.

40 StA G, Nr. 3866.

dem Transferantrag und einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts, in der dem Auswandernden bestätigt wurde, seiner Steuerpflicht genügt zu haben, bei der Devisenstelle eingereicht werden, wo man prüfte, ob die Berufspläne des „Auswanderers“ Erfolg versprechend waren.⁴¹

Angesichts der Devisennot des „Dritten Reiches“ duften mit Rücksicht auf die geringen TransfERMöglichkeiten pro Auswanderer nur so viele Vermögenswerte transferiert werden, wie zur Gründung einer bescheidenen Existenz im Ausland unbedingt benötigt wurden. Um Kapital legal ins Ausland verbringen zu können, mussten die Flüchtlinge Sperrmarkkonten bei der der Reichsbank zugehörigen „Deutschen Golddiskontbank“ einrichten, die die Guthaben zu einem höchst ungünstigen Kurs aufkaufte. Bei der Transferierung dieser Sperrmarkguthaben wurde ein Abschlag erhoben. Er betrug im Januar 1934 20% der transferierenden Gesamtsumme, im Juni 1935 68%, im Oktober 1936 81% und im Juni 1938 90%.⁴² Bis zum Ende der legalen Emigration verschlechterte sich der Wechselkurs der Transfers durch die vorrangig das Interesse der Rüstungsindustrie berücksichtigenden Devisenbewirtschaftung bis hin zur Unrentabilität: Ab dem September 1939 erhielten viele der glücklich nach Übersee Entkommenen gerade ganze 4% ihres einstigen Vermögens in der Währung ihrer neuen Heimat ausgezahlt. Kein Wunder, dass sich auf diesem Sektor zahlreiche Scharlatane tummelten, die günstigere Transferierungen versprachen und in den wenigen jüdischen Zeitungen inserierten. Auch Ludwig Rosenthal überprüfte derartige Angebote.⁴³

Die in Deutschland zurückgelassenen inländischen Guthaben wurden „Auswanderersperrguthaben“ genannt und unterlagen wie der zurückgelassene Grundbesitz der Verfügungsgewalt der Devisenstellen, bis sie entweder transferiert, in Deutschland verbliebenen Angehörigen und Freunden mit Genehmigung der jeweiligen Devisenstelle übereignet, als Vermögen von Reichsfeinden eingezogen oder nach der „Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ automatisch dem Reich verfielen.

41 Zum Procedere der Auswanderung vgl. Juliane Wetzel: „Auswanderung aus Deutschland“, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. München 1988, S. 413 - 498; Mehl, RfM, S. 46 - 58; Mußnug, Reichsfluchtsteuer, S. 38 ff., 46 - 52.

42 Vgl. Frank Bajohr: „Arisierung als gesellschaftlicher Prozeß: Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und ‚arischer‘ Erwerber“, in: Wojak/Hayes, S. 15 - 30, hier S. 21.

43 StA G, Nr. 3866.

Anlage zum Antrag des Dr. Ludwig Rosenthal in Gießen vom 24.8.1938
an die Gemeinnützige Öffentliche Auswanderungsberatungsstelle in Frank-
furt a.M.

Ich war bis 1933 Rechtsanwalt und hierauf im väterlichen Geschäft tätig, das aber demnächst aufgegeben wird. Da eine anderweitige Beschäftigung für mich in Deutschland nicht möglich ist, bin ich zur Auswanderung gezwungen. Da einzige Land, das unter den gegebenen Verhältnissen in Frage kommt, sind die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Meine bisherigen Bemühungen, eine Bürgerschaft zur Einwanderung in dieses Land zu erhalten, hatten keinen Erfolg. Ausser einem Vetter besitze ich dort nur weitläufige Verwandten. Diese waren bis jetzt nicht in der Lage, mir Bürgerschaft zu stellen; teilweise haben sie auf meine diesbezüglichen Bitten keine Antwort gegeben oder sie haben anderen Verwandten gegenüber, die sie um Bürgerschaft angingen, diese abgelehnt. Ein Verwandter, der im vorigen Jahre zu Besuch dorten weilte, hatte von einem seiner Verwandten zugesichert erhalten, dass dieser für einen Verwandten oder Bekannten eine Bürgerschaft stellen würde. Auf ein Schreiben meines Verwandten, in dem dieser die Bürgerschaft für mich erbat, ist jedoch auch kein Bescheid gekommen. Ich besitze nun sehr viele gute Bekannten und auch frühere Kollegen in Amerika, die ich zwar nicht gut schriftlich um die Besorgung einer Bürgerschaft angehen kann, bei denen ich aber durch mündliche Rücksprache bestimmt etwas zu erreichen hoffe.

Die Möglichkeit einer mündlichen Rücksprache ist nun gegeben durch eine Informationsreise, die das jerselitische Familienblatt in Berlin für seine Leser in der Zeit vom 29.10. bis 29.11.1938 nach New-York veranstaltet. Den Prospekt dieser Reise habe ich bereits mit meinem Antrag vom 19. Aug. eingereicht. Da für diese Reise keinerlei Bürgerschaft erforderlich ist, wäre dies die einzige Möglichkeit, durch die ich mir die für eine Auswanderung erforderlichen Papiere beschaffen könnte.

Abb. 5: Auswanderungsbemühungen (Vermögensakten Rosenthal, Stadtarchiv Gießen)

Als Präventivmassnahme des NS-Staates wurden ab 1935 die Pässe der Juden eingezogen; die in den „Auswanderungs-Vorgang“ eingeschalteten Passstellen nahmen eine wichtige Funktion im Überwachungsapparat ein. Um die illegale Auswanderung zu verhindern, bei der die Flüchtigen ja Geld und Wertgegenstände am Fiskus vorbei in Sicherheit bringen konnten, wurden die Pässe ab dato nur noch mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten und nur für Auslandsreisen, bei denen ein Visum vorlag, ausgehändigt; zudem wurde eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung von den Finanzämtern und Gemeinden eingefordert, beispielsweise für bezahlte Bürger-, Gebäude- oder Hundesteuer. Vielfach mussten die Auswandernden zudem nachweisen, dass sie ihre Passage ordnungsgemäß auf einem deutschen Schiff gebucht hatten, was in der Kürze der Zeit kaum möglich war.

Selbst beim Umzugsgut machte der NS-Staat Kasse: Ohne Genehmigung der Devisenstelle konnten die Flüchtlinge noch nicht einmal ihren Hausrat mitnehmen. Gemäß Runderlass des Reichswirtschaftsministeriums vom 13. Mai 1938 musste der Auswanderer sein Umzugsgut mindestens 14 Tage vor der Auswanderung bei der Devisenstelle anzeigen, zusammen mit einem in dreifacher Ausfertigung beiliegenden Verzeichnis der Gegenstände. Für neu angeschafftes Umzugsgut musste eine diesem Wert entsprechende Abgabe an die „Dego“ geleistet werden, je nach Art der angeschafften Sachwerte wie zum Beispiel Fotoapparate und medizinische Gerätschaften, setzte die Devisenstelle die so genannte „Dego-Abgabe“ auf das zwei- oder dreifache des Anschaffungswertes fest. In vielen Fällen gelangte das so teuer bezahlte Umzugsgut durch Nachkontrolle oder den Kriegsausbruch nie zu seinen Besitzern, sondern wurde in den Ausfuhrhäfen beschlagnahmt und im Reich verteilt oder versteigert. Wer konnte, ergriff die Möglichkeit, Devisen, Edelmetalle, Kunstgegenstände und ähnliches versteckt im Lift durch Mittelsmänner ins Ausland zu „verschieben“, wie die NS-Terminologie in den Devisenstrafakten den verzweifelten Versuch der Flüchtlinge bezeichnete, ihr Eigentum mit aus Deutschland zu nehmen. Nicht wenige wurden bei diesem Unterfangen durch Spitzel denunziert oder fielen auf die zahlreichen Lockspitzel der Zollfahndung und Devisenabteilung herein.

Als Folge der verstärkten Emigration und dem aus der Sicht der NS-Behörden höchst unerwünschten „illegalen“ Kapitalfluss ins Ausland wurden ab 1935 die Devisenvorschriften zusehends verschärft. Mit dem Änderungsgesetz vom 1. Dezember 1936, insbesondere durch Einführung des § 37a des Devisengesetzes, erhielten die Devisenstellen die Befugnis, in Fällen, in denen auf eine „Auswanderungsabsicht“ geschlossen werden konnte, den Betroffenen Verfügungsbeschränkungen über ihr Vermögen aufzuerlegen - Juden unterstellte man per se

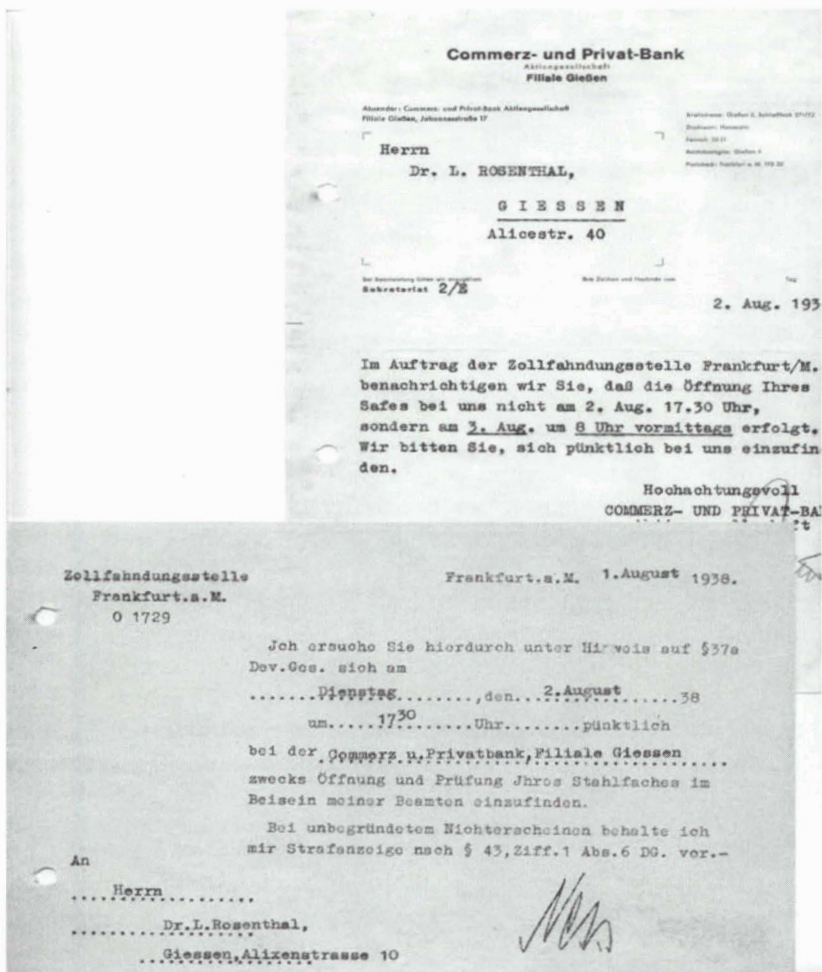


Abb. 6: Unter der Kontrolle der Zollfahndung und des Fiskus

eine „Auswanderungsabsicht“. So konnte angeordnet werden, Geldbeträge auf ein gesperrtes Konto bei einer Devisenbank einzuzahlen und über immobile Vermögenswerte nur noch mit Genehmigung der Devisenstelle zu verfügen; Wertpapiere unterlagen einem Depotzwang. Auch Ludwig Rosenthal wurde im Herbst 1938 von der Zollfahndung aufgefordert, seine Safes bei der Commerzbank Gießen in ihrer Gegenwart zu öffnen; das Vermögen von Rosenthal wurde per „Sicherungsanordnung“ unter Kuratel der Devisenstelle gestellt: Die Betroffenen konnten danach keine Gelder mehr nach Belieben abheben oder über Wertpapiere und Grundbesitz verfügen. Sie benötigten die Ge-

nehmung der Devisenstelle für alle Kontobewegungen, sei es für die Bezahlung von Steuern, Schulden, Mieten, die Ausgaben für die Bestreitung des Lebensunterhaltes, wie die Vorbereitung der Auswanderung oder auch Schenkungen an Dritte.⁴⁴

Doch nach der gelungenen Flucht aus Deutschland war der Zuständigkeitsbereich der Wohnsitzfinanzämter und der Devisenstellen jedoch keineswegs verlassen: Auch die nunmehr im Ausland lebenden Juden blieben für ihr in Deutschland verbliebenes Vermögen steuerpflichtig. Das damit beauftragte Finanzamt Moabit-West in Berlin⁴⁵ eruierte auch die Flüchtigen, soweit sie noch nicht ausgebürgert worden waren oder eine neue Staatsbürgerschaft erworben hatten, in ihren neuen Heimatländern und zwang sie zur Zahlung von Steuern und Kontributionen wie etwa 1938/39 der so genannten „Judenvermögensabgabe“ (JUVA),⁴⁶ wie das erste Beispiel der Familie des Giessener Rechtsanwalts Albert Aaron zeigt. Hier sind durch einen glücklichen Zufall Ausbürgerungsvorschlag und Verwertungsakten im Wesentlichen erhalten geblieben.⁴⁷

Wem es gelang, rechtzeitig aus Deutschland zu flüchten, wurde im Falle von in Deutschland verbliebenem Besitz zumeist umgehend ausgebürgert. Das Finanzamt Moabit-West war mit der Verwaltung und Verwertung des gesicherten Vermögens in Anbetracht der Fälle spätestens ab 1938 überfordert. Auch für die geplanten Deportationen schuf sich der NS-Staat ein neues Instrument: Die am 25. November 1941 erlassene „Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ ermöglichte es dem Fiskus, die kollektive Enteignung rascher und effektiver durchzuführen. Sie bestimmte, dass das Vermögen von Juden, die „ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben“, mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich verfiel. Dies betraf in seiner perfiden Logik sowohl die Emigranten wie die Deportierten, die mit dem freiwilligen oder unfreiwilligen Überschreiten der Reichsgrenzen ihrer Staatsangehörigkeit verlustig gingen. Finanzbeamte sprachen nun ungeniert vom bürgerlichen oder „juristischen Tod“ der Juden.⁴⁸

44 StA G, Nr. 3866.

45 Reichssteuerblatt I, 1933, S. 813; Findbuch zum Bestand A Rep. 092, Landesarchiv Berlin, Bd. 1; Martin Friedenberger, Das Berliner Finanzamt Moabit-West und die Enteignung der Emigranten des Dritten Reichs 1933-1942, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 49/2001, Heft 8.

46 Zum Finanzamt Moabit West vgl. auch die neue Studie von Martin Dean, „The Finanzamt Moabit-West and the development of the property confiscation structure“, Paper presented at the United States Holocaust Memorial Museum Symposium „The Confiscation of Jewish Property in Europe 1933-1945: New Sources and Perspectives“.

47 HStA Da, G 36 Gießen, Nr. 1.

48 Vgl. zur Vorgeschichte der „Elften Verordnung“ vor allem Mehl, RfM, S. 89-104.

IV. „Wollen Sie denn das, was selbst der Jude als Unrecht
einsah (...) jetzt fortführen?“

Der „bürgerliche Tod“ der Familie Aaron

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt

Nr. II 33 - A 1210 -

Das in der Rubrik verzeichnete Bräutertypen und Namen
angegeben.

A

Berlin SW 11, den 28. Februar 1938
Dring-Rubrecht-Str. 8
Jugendamt: 12.00.48

Finanzamt Moabit-West
in Berlin NW 6
Luisenstr. 33-34

3. MRZ. 1938
Anlagen

An das

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit
des Juden Dr. Albert Aaron,
geb. am 13.2.1882 in Bobenhausen;
letzter inländischer Wohnsitz:
Gießen, Bahnhofstr. 46;
jetziger Aufenthalt:
USA.
und Erstrückung der Ausbürgerung auf

1. die Ehefrau Milli geb. Baumburger,
geb. am 28.10.1899 in Nürnberg;

2. die Kinder

a) Daniel, geb. am 27.1.1926 in Gießen;

b) Franz, " " 7.12.1928 in " .

Bezug: Ohne.

Anlagen: Ohne.

Ich habe bei dem Reichsführer r-m und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern beantragt, dem Juden Albert Aaron die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen, sein Vermögen zu beschlagnahmen und als dem Reich zu verfallen zu erklären.

S. 1110 Zg. 521 223/31

Abb. 7: Albert Aaron wird ausgebürgert - Antrag der Gestapo auf Vermögensentzug (StAD Verwertungsakte Albert Aaron)

Dr. Albert Aaron zählte als engagierter sozialdemokratischer Rechtsanwalt und Angehöriger des Reichsbanners zu den bei den örtlichen Nationalsozialisten verhassten politischen Gegnern, da er „in fast sämtlichen Strafverfahren gegen Reichsbannerangehörige als deren Verteidiger auftrat [...] und in seinen Plaidoyers [sic!] seinen jüdisch-marxistischen Anschauungen unumwunden Ausdruck“ gab.

Als auch sozial engagierter Anwalt noch bis 1937 beim Landgericht Gießen zugelassen, gelang es ihm, im Herbst dieses Jahres mit seiner Familie in die USA auszuwandern. Obwohl das Finanzamt Gießen eingehend nach Steuerschulden fahndete, konnte bei Aaron außer seiner politischen Einstellung nichts Negatives nachgewiesen werden, die für eine Ausbürgerung mit Vermögensbeschlagnahme natürlich ausreichend war.⁴⁹

Finanzamt Mosabit-West
s. 1110
Steuer-Nr. 223 38 Zimmer-Nr. 230
(Dieses Geschäftszettel ist anzugeben)

Berlin N.W., 16. August 1938
Luisenstr. 33/34
Fernsprecher 42 0013
Hausansicht-Nr. 187

Vollstreckamt Berlin Konto Nr. 15045
Reichsbankguthaben

Am letzten Werktag im Monat bleibt die Finanzkasse geschlossen
Montage nur für einige Sachen und alle Zahlungen
Sprech- und Kassenstunden von 9 bis 13 Uhr, Sonnabende 9-12 Uhr

1) Postcheckamt Frankfurt/Main,
Frankfurt/Main I
Stefanstr. 14.

Betrifft: Ausbürgerung Albert Aaron
Auf das Schreiben vom 9. August 1938

Infolge der Ausbürgerung gilt der Rechtsanwalt Dr. Albert Aaron als bürgerlich tot. Rechtsnachfolger ist das Finanzamt Mosabit-West in Berlin geworden. Aaron kann auch in keiner Weise mehr über das Konto verfügen, da mit der Ausbürgerung gleichzeitig auch die Vermögensbeschlagnahme ausgesprochen worden ist. Verfügungsberechtigt ist vielmehr nur noch das Finanzamt Mosabit-West in Berlin. Infolgedessen bedarf es keiner Devisengenehmigung mehr.

2)

Abb. 8: „Bürgerlich tot“ (Staatsarchiv Darmstadt, künftig: StAD, G 36 Gießen, Nr. 1)

Die Reichsfluchtsteuer hatte Aaron in der verlangten Höhe bezahlt. Zu dem, was Aaron nicht in die USA transferieren konnte, zählten seine beachtlichen Außenstände aus Rechtsvertretungen, beachtlich nicht wegen der Höhe, sondern der Zahl, denn Aaron war ein auch bei

⁴⁹ Gestapo Darmstadt, Ausbürgerungsvorschlag Dr. Albert Aaron v. 29.11.1937, Landesarchiv Berlin, A Rep. 092, Nr. 50475, Heft 7, Bl. 94 f.

den finanziell schwächer gestellten Einwohnern der Provinz Oberhessen ein besonders gern frequentierter Anwalt. Das Finanzamt Moabit-West, dem die Einziehung der ausstehenden Gelder oblag, beauftragte in Absprache mit dem Finanzamt Gießen und der NSDAP in Gießen einen geeigneten Treuhänder, der für die Eintreibung der von Aaron als „unwiederbringlich“ geltenden Forderung eigentlich an eine Verwandte in Köln bei der Auswanderung abgetreten hatte.

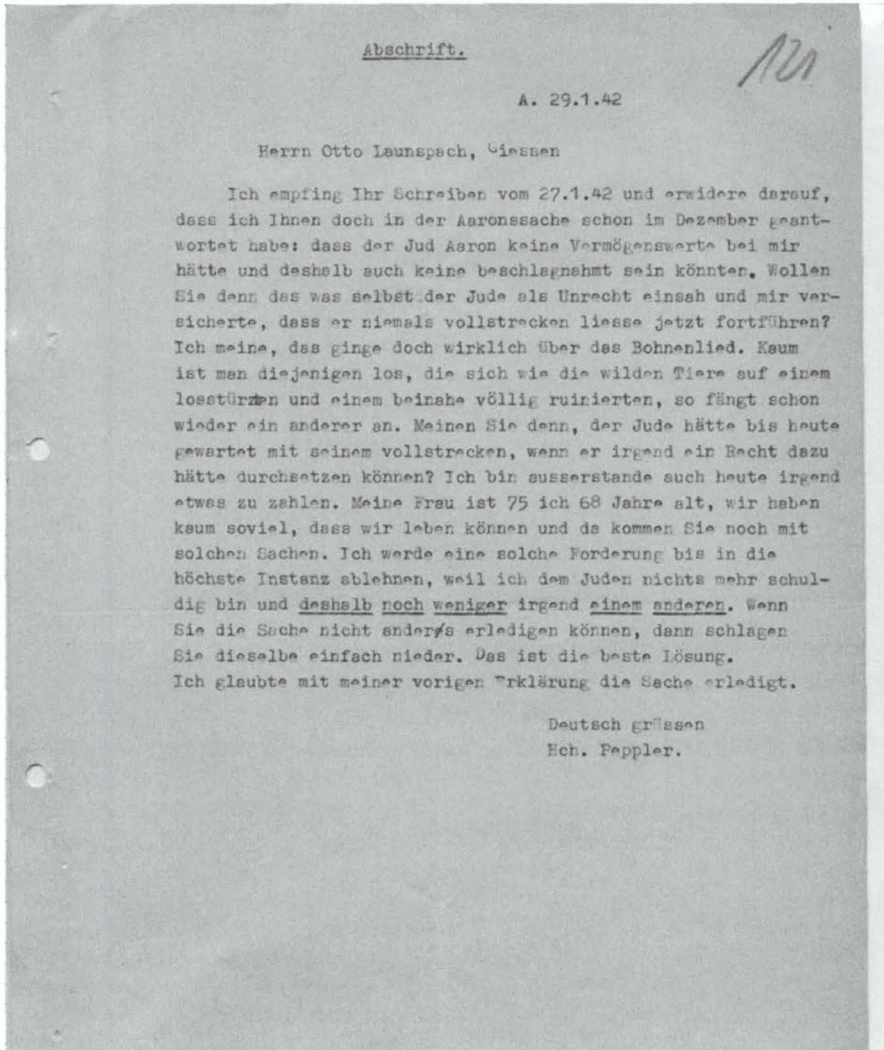


Abb. 9: Das Finanzamt treibt Altschulden ein - Reaktion der Betroffenen (StAD, G 36 Gießen, Nr. 1)

Die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei eines tüchtigen Parteigenossen, der zugleich ein Inkassobüro betrieb, fahndete bis in die letzten Kriegsjahre nach den ausstehenden Honoraren, nachdem der von Aaron eingesetzte Verwalter sein Mandat niedergelegt hatte. Die säumigen Schuldner, so sie noch aufzufinden waren, reagierten mit Staunen und Empörung, dass ein Parteigenosse die „beim Juden“ gemachten Schulden eintrieb und verweigerten zumeist die Begleichung unter Berufung auf ihre soziale Notlage, aber auch auf die angebliche Rechtlosigkeit der Forderung.

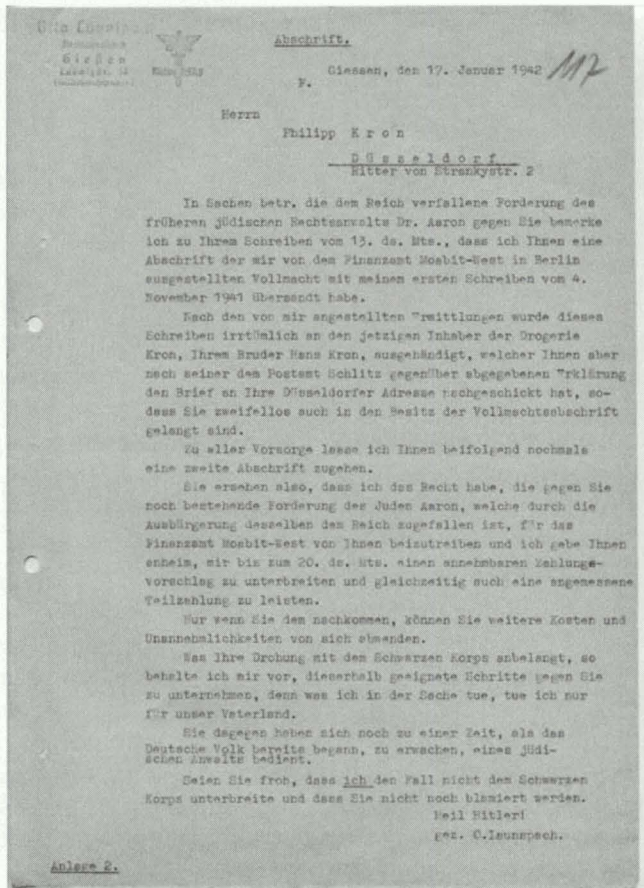


Abb. 10: „Sie dagegen haben sich noch zu einer Zeit, als das Deutsche Volk bereits begann zu erwachen, eines jüdischen Anwalts bedient“ - „Was ich in der Sache tue, tue ich nur für unser Vaterland“ (StAD, G 36 Gießen, Nr. 1)

Da schrieb z. B. der um die Zahlung gebetene Landwirt Heinrich Peppler aus Altenstadt im Dezember 1941:

„In Sachen Aaron gegen mich teile ich Ihnen folgendes mit: (...) Die Sache, um die es sich handelte, war: Raiffeisenverein in Konkurs. Der christliche Raifeisen [sic!] (Unterstreichung im Original) hat uns Mitglieder fast ruiniert. Meinen Sie, der Jude hätte uns nicht sofort vollstrecken lassen, wenn es möglich gewesen wäre? Eine diesbezügliche Einholung von Rechtsbelehrung sagte mir, dass mein Fall absolut keine Rechtsgrundsätze hätte (...). Nur der Jude Aaron oder sein Bevollmächtigter könne vollstrecken lassen, wenn ein Rechtsanspruch bestehe.“

Der Rechtsanwalt ließ den ungläubigen Volksgenossen in scharfem Ton umgehend wissen:

„Sie glauben aber, gleich vielen anderen Volksgenossen, Sie bräuchten, da der Gläubiger Jude sei, nichts mehr zu bezahlen. Es ist dies aber ein starker Irrtum. Außerdem fließen die Einnahmen [...] nicht dem Juden Aaron, sondern dem Reiche zu, für welches ich im Auftrage des Finanzamts Moabit-West die Beitreibung zu bewirken habe. [...] Dass übrigens der Jude Aaron nicht gegen Sie vollstreckt hat, beweist nichts [...], wahrscheinlich waren Sie zu damaliger Zeit zahlungsunfähig und er hat deswegen nichts gegen Sie unternommen, um bessere Zeiten abzuwarten.“

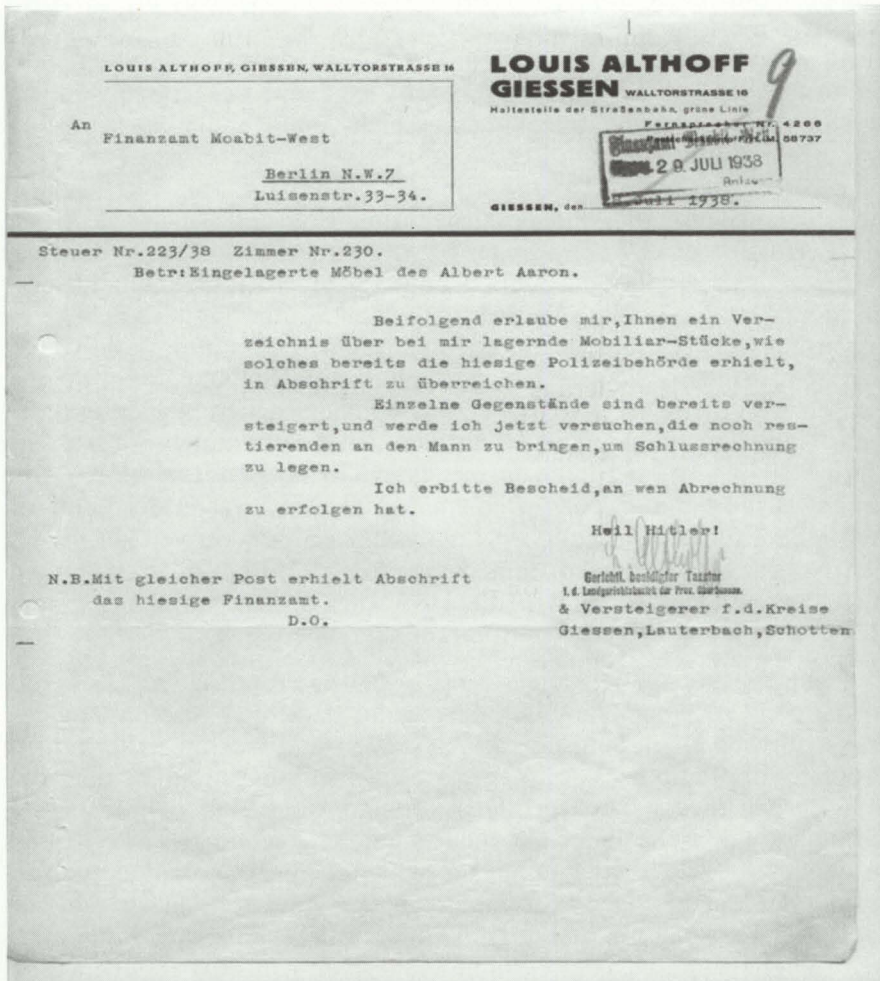
So mancher Volks- und Parteigenosse versuchte sich im polykratischen Ämterdschungel des „Dritten Reiches“ auf andere Art gegen die vermutlich berechtigten Zahlungsforderungen zu wehren: Ein um Zahlung angeschriebener Apotheker in Düsseldorf drohte dem Gießener Rechtsanwalt mit der Veröffentlichung seines Briefes im „Schwarzen Korps“, was Herrn Pg. Launspach als „Alter Kämpfer“ wenig beeindruckte: „Was Ihre Drohung mit dem Schwarzen Korps anbelangt, so behalte ich mir vor, dieserhalb geeignete Schritte gegen Sie zu unternehmen, denn was ich in der Sache tue, tue ich nur für unser Vaterland. Sie dagegen haben sich noch zu einer Zeit, als das Deutsche Volk bereits begann, zu erwachen, eines jüdischen Anwalts bedient. Seien Sie froh, dass ich den Fall nicht dem Schwarzen Korps unterbreite und dass Sie nicht noch blamiert werden.“

Der Apotheker zahlte.⁵⁰

Das Gießener Auktionshaus von Louis Althoff, später zentraler Auktionator bei den Versteigerungen nach der Elften Verordnung,

50 Verwertungsakte Dr. Albert Aaron, HStA Da, G 36 Gießen, Nr. 1.

wickelte im Auftrag des Finanzamts Moabit-West den Verkauf des beschlagnahmten Hausrats ab. Vom „bürgerlichen Tod“, der nach Stellungnahme des FA Moabit-West mit der Ausbürgerung eingetreten war, bis zum tatsächlichen war nur ein kurzer Schritt. Nur wenige Monate nach Kriegsausbruch beging Aaron in den USA laut einem



Aktenvermerk Selbstmord.⁵¹

Abb. 11: Die Verwertung eines „bürgerlichen Todes“ (StAD, G 36 Gießen, Nr. 1)

51 Ebd., insbesondere Verfügung an das Postscheckamt Frankfurt v. 16.8.1938.

V. Der Staat als Erbe: Die misslungene Auswanderung des Ingbert Fuld

Ingbert Fuld wurde am 26. November 1919 in Gießen als Sohn des Kaufmanns Isaak Fuld geboren.⁵² Im Sommer 1939 bemühte sich Ingbert Fuld, nach dem Tod seines Vaters im Februar, als gelernter Bäcker nach England einzuwandern.⁵³ Von dort aus wollte er versuchen, weiter in die USA kommen. Doch der Kriegsausbruch vereitelte die Ausreise. Die Passage war bereits gebucht, das Umzugsgutverzeichnis bei der Devisenstelle eingereicht und genehmigt, ein Verwandter hatte bereits eine Lehrstelle in einer Bäckerei in London gefunden. Im Dezember 1939 wurde sein Vermögen von der Devisenstelle Darmstadt unter Sicherungsanordnung gestellt, mangels Masse die Verfügung eine Woche später jedoch wieder aufgehoben. In seiner Vermögenserklärung hatte Ingbert Fuld ganze 214 RM, „mündelsicher bei der Bezirkssparkasse Giessen angelegt“, aufgeführt. Er lebte von den tropfenweise eingehenden Außenständen der Firma Fuld & Co. und dem mageren Salär als Zwangsarbeiter im Straßenbau bei der Fa. Pausch, von denen er jedoch noch ausstehende Steuern zahlen und den Lebensunterhalt seiner minderjährigen Brüder bezahlen musste. Im Herbst 1940 war Fuld gezwungen, das Geld für den Transport in die Freiheit - die Familie lebte in einem der Ghettohäuser in der Landgrafenstraße - für seinen täglichen Lebensunterhalt zu verwenden: Er bat den Norddeutschen Lloyd, ihm das Geld für die bezahlte, aber noch nicht angetretene Passage in die USA rückzuvergüten und ihm den Betrag von Frankfurt auf sein Sperrkonto zu überweisen.

Doch die verzweifelt angestrebte Auswanderung in die USA kam nicht mehr zustande. Die Beratungsstelle der Reichsvereinigung der Juden für den Regierungsbezirk Wiesbaden und Hessen teilte ihm im Frühjahr 1940 mit, dass Anträge auf Einwanderungserlaubnis nur noch von Bürgen in den USA erfolgen könnten. Wie Ingbert Fuld gingen zahlreiche hessische Juden seit Jahren auf die Suche nach Verwandten in den USA. Zum Teil wurden lange verschollene Verwandte aufgespürt oder abgerissenen Verbindungen neu geknüpft. Doch die Tatsache der Existenz möglicher Bürgen hieß nicht, dass ihnen nun automatisch ein Affidavit vom US-amerikanischen Konsulat erstellt wurde. Häufig waren die amerikanischen Verwandten nicht in der Lage oder willens, Bürgschaften für weit entfernte Verwandte auszustellen.

52 Vgl. Knauf, Jüdische Bevölkerung, S. 113.

53 Stadtarchiv Gießen, Steuerakten jüdischer Bürger, Nr. 3843, ohne Paginierung.

Die verzweifelte Suche wird aus den Briefen von Ingbert Fuld vom Frühjahr 1940 mehr als ersichtlich. Überliefert sind sie allerdings nur für wenige Monate, vom Februar bis Mai 1940.

Im Februar wandte sich Fuld an Bekannte seines Vaters, die Familien Blum und Sondheim, um sie um ein Affidavit für die Einreise in die USA zu bitten. Gleichzeitig bemühte er sich, bereits ausgewanderte Angehörige seines Onkels in Cuba brieflich zu erreichen. Drei Wochen später wandten sie sich per Telegramm aus Cuba an Ingbert Fuld, kondolierten zum Tod des Vaters, konnten selbst jedoch nicht helfen. Von den erstgenannten Familien erhielt Ingbert Fuld keine Rückantwort, so dass er es in seiner Verzweiflung im April noch einmal versuchte, die Familie von Levi Sondheim in New York um Hilfe zu bitten:

„Ich habe nun die grosse Bitte an Sie, mir die Bürgschaft zu erneuern, und wenn möglich zu erhöhen. Bitte bemerken Sie, dass ich Waise bin und hat das vielleicht Zweck. Es ist zu traurig, in welcher Situation ich eben dastehe, hier mutterseelenallein, und drüben niemand, der mir helfen könnte. Meine Verwandten wollen zwar nach Möglichkeit etwas tun, aber vor mir kommen immer noch andere. Das Mitleid ist zwar sehr gross, aber helfen tut niemand. Sehr verehrte Familie Sondheim, ich vertraue auf Sie, dass Sie mich nicht im Stich lassen. Es ist heute das erste Gebot, die Auswanderung so rasch als nur möglich zu bearbeiten.“

Levi Sondheim liess Ingbert Fuld wissen, dass die Bürgschaft bereits auf dem Weg sei. Mit dem Dank an Levi Sondheim endet der Briefwechsel. Ingbert Fuld wurde im September 1942 in eines der Vernichtungslager nach Polen deportiert. Er und sein Bruder kehrten nicht mehr zurück.⁵⁴ Der Aktendeckel trägt den lapidaren Vermerk: „Auswanderung“. Mit anderer Schrift darunter „Ingbert Israel Fuld. Giessen. Walltorstraße 48 p. 2“. Das letzte Schriftstück - und auch deswegen sind die Vermögensunterlagen für die Finanzbehörden interessant gewesen, ist eine Mitteilung, das sein Erscheinen auf dem Giessener Amtsgericht „Betr. Nachlass des Isaak Israel Fuld, Gießen“ nicht mehr erforderlich sei. Die Deportationslisten waren schon geschrieben, mit dem Vermögensverfall wartete schon der Staat darauf, sein „Erbe“ anzutreten, darunter auch die im Kassenbuch aufgeführten Schulden, die der Fiskus in den Folgemonaten vermutlich eintrieb - die Verwertungsakte Ingbert Fuld des Giessener Finanzamt zählt nicht zu den wenigen Übriggebliebenen.

54 Ludwig Stern, Theresienstadt, Liste II: Nach Polen verschleppt und wahrscheinlich tot, StA Gießen, 86/55; Kingreen, Deportationen, S. 62.

VI. Die gescheiterte „Reichsflucht“ der Mathilde Grünebaum

Ähnlich wie Ingbert Fuld erging es der 1942 ermordeten Mathilde Grünebaum aus Langgöns.⁵⁵ Ihr 1938 in die USA ausgewanderter Neffe hatte für ein Affidavit gesorgt und im Frühjahr 1940 nahmen die Vorbereitungen - Anträge auf Ausfuhr von Umzugsgut, Besorgung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen usw. - konkrete Formen an.⁵⁶ Der Vermögensverwalter der älteren Dame, der Diplomkaufmann Dr. Wilhelm Bachenheimer, kümmerte sich auch um die Passage nach Richmond. Zunächst schien eine Ausreise über Japan möglich zu sein, denn für den November 1940 standen Schiffskarten auf dem US Dampfer „President Taft“ ab Kobe zur Verfügung. Im Februar 1941 musste die Reiseroute geändert werden. Am 2. November 1941 traf die Einreisegenehmigung der Cubanischen Botschaft ein; Bachenheimer ließ das Reisebüro der Hapag wissen, dass Frl. Grünebaum über Lissabon auswandere. Im Juli 1941 kam der Bescheid von der Devisenstelle Darmstadt, Reisepass, Unbedenklichkeitsbescheinigungen und Umzugsgutlisten einzureichen.

Wie bei Ingbert Fuld war Mathilde Grünebaum im Frühjahr 1941 gezwungen, ihr Passageguthaben bei der Hamburg-Amerika-Linie für ihren Lebensunterhalt zurückzufordern. Möglich war ihr dies, weil der Neffe im New Yorker Büro 400 Dollar für die Passage hinterlegte, mit dem sobald als möglich ein Platz für Mathilde Grünebaum gebucht werden sollte. Im April (!) hatte man endlich einen freien Platz gefunden: Am 10. Oktober sollte Mathilde Grünebaum in Lissabon an Bord der „Excalibur“ gehen. Doch auch diese Reisepläne zerschlugen sich: Die Devisenstelle Darmstadt ließ Mathilde Grünebaum Ende Oktober 1941 wissen, sie werde am 27. November „ab Spanien mit einer spanischen Linie“ Europa verlassen und über Cuba als Zwischenstation in die USA einreisen.

Ohne zu wissen, dass die Auswanderung seit dem Oktober verboten worden war, kümmerten sich Bachenheimer, der Neffe Norbert Grünebaum in Richmond und die Hamburg-Amerika-Linie um die Bereitstellung der Einreisedokumente nach Cuba. Ihr Reisepass war mittlerweile wieder abgelaufen und musste mit einem zeitraubenden Prozedere verlängert werden. Am 4. November traf ein Telegramm aus Richmond ein, dass die Passagekosten erneut hinterlegt worden waren, am 7.11.1941 traf das Visum für Cuba ein. Mathilde Grünebaum überwies noch 240,-- RM für die Mitnahme des Umzugsguts an die Deutsche Golddiskont-Bank - war man in der Devisenstelle Darmstadt nicht

55 Möglicherweise einer Schwester von Baruch Grünebaum aus Espa, s.u.

56 StA G, Nr. 3842.

über das Auswanderungsverbot orientiert? -, doch alles dies war umsonst: Ihre Akte im Stadtarchiv Gießen endet mit dem Inhaltsverzeichnis ihres Handgepäcks. Ende September 1942 wurde Mathilde Grünbaum über Darmstadt vermutlich nach Treblinka deportiert.⁵⁷ Ort und Zeitpunkt ihrer Ermordung sind unbekannt.

VII. Vermögensverwaltung im Schatten des Todes: Gießens letzter „Konsulent“ Dr. Ludwig Rosenthal

Zu denen, die nach Theresienstadt deportiert wurden, zählt auch der Giessener Rechtsanwalt Dr. Ludwig Rosenthal. Sein Vater hatte noch bis Ende der dreißiger Jahre eine „Großhandlung in Mühlenfabrikaten, Futter- und Düngemitteln“ geführt, in der sein Sohn ab 1933 nach der erzwungenen Aufgabe seiner Kanzlei untergekommen war. Nach Geschäftsaufgabe lebte die Familie von ihrem Vermögen, ihren Außenständen und der Vermietung einiger Wohnungen in ihrem Haus Aliencstrasse 40, in die die Stadt jüdische Mieter aus einer ihrer Liegenschaften einwies.⁵⁸ Sein Haus in der Liebigstraße hatte Ludwig Rosenthal verkaufen müssen. Dr. Ludwig Rosenthal wurde nach der Reichskristallnacht verhaftet und nach Buchenwald verschleppt. Sein Vater ließ nichts unversucht, die Entlassung aus dem Konzentrationslager mit Hinweis auf sein hohes Alter, die dringend notwendige Unterstützung durch seinen Sohn beim Verkauf des Geschäfts und des Wohnhauses zu erreichen. Ende Dezember kehrte Ludwig Rosenthal unter der üblichen „Auflage“, Deutschland so schnell als möglich zu verlassen, aus dem KZ zurück. Da er eine zu hohe Quotennummer für die Auswanderung in die USA besaß, gelang es ihm nicht, trotz Hilfe und finanzieller Unterstützung von Freunden in den Vereinigten Staaten, rechtzeitig aus Deutschland herauszukommen. Als letzter „Konsulent“ in Gießen, schließlich für Oberhessen, führte er Verkäufe, beispielsweise von Mobiliar und Grundstücken und Vermögenstransaktionen durch, half seinen Mandanten bei Behördengängen und Auswanderungsvorbereitungen, insbesondere den Verhandlungen mit den Finanzämtern und Devisenstellen und versuchte, Verwandten von bereits ins KZ Verschleppten wie die junge Ruth Wertheim, die nach Ravensbrück deportiert worden war, Kontakt zu ihren Angehörigen zu verschaffen. Für andere jüdische Rechtsanwälte, beispielsweise Theodor Dellewie aus Kassel, übernahm er die Fälle, die in den umliegenden Kreisen angefallen waren. Als Dellewie ausgewandert war und kein Konsulent

⁵⁷ Vgl. Kingreen, Deportationen, S. 67.

⁵⁸ In einer Mansarde wohnte beispielsweise die Bankiers-Witwe Paula Heichelheim.

mehr für Kassel zu gelassen wurde, hielt Rosenthal auch Sprechstunden in Kassel ab.⁵⁹

Finanzamt Gießen
St.-Nr. F.P. 4 P

Die Namen und Unterschriften der zur Zahlungs-
erteilung berechtigten Beamten sind im Hallenraum
angebracht.

Die Finanzkasse ist für den Zahlungsverkehr geöffnet:

Gießen 10. Sept. 1939

Fördert den andern Zahlungsverkehr, er-
fordert längeres Warten in der Finanzkasse!

Das Finanzamt (Finanzkasse) hat folgende Konten:

2. Rate 1939 durch Einzug am 9. 2. 39.

Beschheid über die Judenvermögensabgabe

Auf Grund der Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden vom 21. November 1938
(Reichsgesetzbl. I S. 1638) wird die von Ihnen zu entrichtende Abgabe festgesetzt auf

5.200 RM

Die Abgabe beträgt 20 vom Hundert des von Ihnen auf Grund der Verordnung über die An-
meldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 414) angemeldeten
Vermögens (unter Berücksichtigung angezeigter Veränderungen).

Die Abgabe ist zu entrichten in vier Teilbeträgen von je

1.300 RM

Der erste Teilbetrag ist bis zum 15. Dezember 1938, die weiteren Teilbeträge sind bis zum 15. Februar,
15. Mai und 15. August 1939

unter Bezeichnung als Judenvermögensabgabe und unter Angabe der oben ver-
merkten St.-Nr. zu leisten.

Wie eine Zahlung nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit Ablauf des Fälligkeitstags ein Säumnis-
zuschlag in Höhe von zwei vom Hundert des rückständigen Betrags zu veranlassen. Nach Ablauf der
Zahlungsfrist werden rückständige Beträge ohne vorhergehende Mahnung eingezogen und erforder-
lichenfalls beizugeben. Die Zwangsvollstreckungsstellen fallen dem Zahlungspflichtigen zur Last.

Empfangen des Antrags am 15. 11. 39

5. Rate 1300.- fällig am 15. 11. 39

3. Rate 1300.- fällig am 15. 11. 39

4. Rate 1300.- fällig am 15. 11. 39

1300.-
1190.43
109.57

Derin
Frank

Ludwig Rosenthal

in **Gießen** St. 991.10
154.33
St. 7.740.43
Hr. am Finanzamt
Bezugsstelle Gießen

St. 991.10
154.33
St. 7.740.43
Hr. am Finanzamt
Bezugsstelle Gießen

St. 991.10
154.33
St. 7.740.43
Hr. am Finanzamt
Bezugsstelle Gießen

Abb. 12: Auch Ludwig Rosenthal wurde zur Zahlung der Juden-Vermögensabgabe gezwungen.

59 Bezirksstelle Kassel der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland [Hans Oppenheim] an Ludwig Rosenthal vom 25.11.1941, StA Gießen, Nr.3874. Der Brief endet mit dem Hinweis auf die erste bevorstehende Deportation Kasseler Juden: „Wir machen allerdings darauf aufmerksam, dass eine grosse Anzahl Mitglieder in Kürze von der Evakuierung voraussichtlich betroffen wird.“

Im September 1942 wurde auch die Familie Rosenthal, die ihr Haus in der Alicenstraße 40 hatten verlassen und in das „Ghettohaus“ Landgrafenstr. 8 ziehen müssen, deportiert. Die Verwertungsakte von Ludwig Rosenthal ist nicht erhalten geblieben, jedoch die seines Vaters, aus der nachstehend einige Dokumente gezeigt werden: Vermögensverzeichnis,

Zur Beachtung!

Sachen, die anordnungsgemäß mitgenommen werden, sind nicht einzutragen. Für jede Person (auch Kinder und Ehefrauen) ist ein gesondertes Formular auszufüllen. Für Minderjährige oder Ehefrauen hat die Ausfüllung in der Regel der Vertretungsberechtigte (Vater) oder der Ehemann vorzunehmen. Dies gilt auch dann, wenn kein eigenes Vermögen oder Einkommen der Minderjährigen oder Ehefrauen vorhanden ist. Sämtliche das Vermögen verkörpernde Urkunden (z. B. Wertpapiere), sich auf das Vermögen beziehende oder sonstige vermögensrechtliche Fragen regelnde Urkunden (z. B. Verträge und Beweismaterial) sind, soweit greifbar, beizufügen.

Vermögenserklärung

Vornamen (Rufname unterstreichen) und Zuname (bei Ehefrauen auch Mädchennamen): Alexander Israel Rosenthal

Beruf: ohne Jude? jüdisch

Letzte Beschäftigung (Firma, Gehalt, Lohn): —

Wohnung (Stadt, Stadtteil, Straße und Hausnummer, seit wann?) Gießen, Landgrafstr. 8
seit 29. 11. 1941.

Name, Anschrift und evtl. jüdische Rassezugehörigkeit des Hauseigentümers:
Carl Hehrlein, Gießen, Kaiser - Allee 70

Größe der Wohnung (Zimmerzahl und -art, WC, Warmwasser, Dampf- oder Warmwasserheizung, Balkon, Wohngeschloß, Fahrstuhl, Gartenbenutzung, Nebenräume wie Diele, Badezimmer, Mädchenkammer, Keller, Boden usw. Genaue Angaben):
3 Zimmer, 1 Küche, 1 gemeinschaftl. mit Pflanzl., 1 W.C., 1 Keller
außerdem ist die Wohn- / Kuchenz. 1 Z. 1 Kü. / Kuchenz. von
Paula Frau Hehrlein u. Frau Frau Garmann

Höhe der monatlichen oder vierteljährlichen usw. Miete (Mietvertrag beifügen): 75.- Mk. pro Semester
pro Vierteljahr 4.90 f. Heizung. Müll abf.

Sind Sie Untermieter? (Dann auch Name, Anschrift und evtl. jüdische Rassezugehörigkeit des Untervermieters angeben): —

Abb. 13/1

- 9 -

g) Balkon, Wintergarten, Keller, Boden:

250 kg Kohle	dir. Balkon, Keller	10 kg Kartoffeln	
kg Koks			
25 kg Holz			
1 praxische			
1 Lüge, 1 Stiel			

h) Verschiedenes:

Klavier, Flügel	Rauchtisch	Theaterglas	
Geige	Nähstisch	Reisekoffer	Werkzeug
	1 Nähmaschine		
Radioapparat	Staubsauger	Hunde	
Plattenspieler	Höhensonne		
Plattenschränk	Föhn	Fahrrad	
Schallplatten	Kino-, Foto-	Motorrad	
Noten	Apparat	Kraftwagen	

2. Tafelgeschirr, Bestecke, Kristall:

1 Speiseservice	ca. 25 Teller, 25 Tassen	Tafelgerät Silber	
10 Teile	1 Tassen, 2 Teller	Tafelgerät Silber	
1 Kaffeeservice	12 Tassen, 12 Teller (sp)	Tafelgerät Silber	12 Kristall:
40 Teile	5 Besteckkasten	1 Aufsatz on 6 Teller	3 Teller, 2 Tassen
25 Stck.	mit 2 Teilen	3 prax. Tassen	6 Teller, 12 Tassen
1 Stck. dir. Gläser	Silber, Alpaka	1 Tassen on 12 Stck.	
1 Stck. Geschirr	Tafelgerät Silber	2 Tassen	

3. Wäsche:

54 Tischdecken	24 Tücher	22 Tücher	Wolldecken
16 Servietten	16 Tücher	40 Tücher	Pflüschdecken
16 Kaffeedecken	24 Tücher	6 Tücher	
16 Servietten	1 Badelaken	10 Tücher	
Garn. Bettwäsche	8 Frottiertücher	1 Kissen	
	90 Handtücher ind.	1 Decken	

4. Kleidungsstücke:

a) Herrenkleidung:

Frack	Uniform	16 Oberhemden	20 Kragen
Smoking	Uniform-Mantel	15 Unterhemden	5 Paar Strümpfe
Gehrock, Cut	Uniform-Mütze	Schlafanzüge	2 Paar Handschuhe
1 Straßenanzüge	Ausrüstungsstücke	Hausjacke	2 Schals
Wintermäntel	Skianzug	13 Unterhemden	1 Paar Handschuhe
1 Uebergangsmäntel	Paar Skistiefel	Krawatten	
Sommerrmäntel	Pullower	2 Paar Schuhe, Stiefel	
Polarmäntel	Sportkleidung	25 Tücher	
2 Herrenhüte			

Abb. 13/2:

Ich erkläre ausdrücklich, daß ich meine vorstehenden Angaben nach bestem Wissen gemacht und dabei insbesondere keinerlei Vermögenswerte verschwiegen habe. Ich versichere weiterhin, außer für meine Ehefrau und meine Kinder, deren Vermögen ich besonders angegeben habe, für andere Personen nur solche Vermögenswerte zu verwalten oder in Gewahrsam zu haben, die von mir ausdrücklich in dieser Vermögenserklärung (falls nicht anderweitig, in der letzten Spalte unter Verschiedenes) als fremde bezeichnet worden sind. Ich bin mir bewußt, daß falsche oder unvollständige Angaben geahndet werden.

Gyepan

den 18. September 1942

Marcus Israel Rosenthal
(Unterschrift)

Abb. 13/3: Die vermutlich letzte Unterschrift Marcus Rosenthals
(HStaD, Verwertungsakte Marcus Rosenthal)

Briefe von Schuldnern, die das Finanzamt um Rückzahlung ihrer zumeist fast Jahrzehnte zurückliegenden Schulden erinnerte.⁶⁰

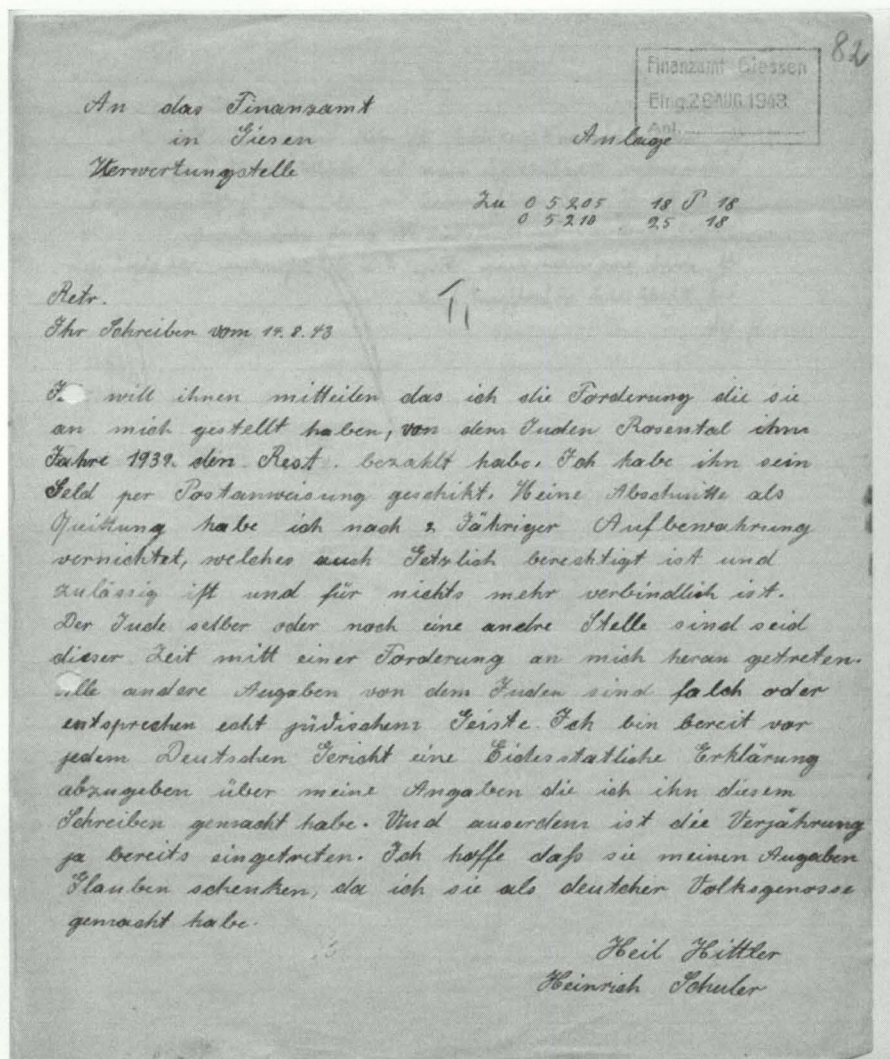


Abb. 13b: „Alle anderen Angaben von den Juden sind falsch oder entsprechen echt jüdischem Geiste“; zahlungsunwillige Schuldner in Briefen an das Finanzamt Gießen

60 Vgl. auch die Rückerstattungsakten HHStA W, Abt. 519/2, Nr. 1572.

Wie die Verwaltung und Verwertung im Einzelnen vor sich ging, mag das nächste Beispiel zeigen.

VIII. Bereicherungswettlauf: Der Fall des Bankiers Moritz Herz

Eines der bekanntesten „arisierten Häuser“, das auch heute noch steht und nicht den Bombenangriffen oder der Bauwut der Nachkriegszeit zum Opfer gefallen ist, ist das frühere Bankhaus Herz in der Neuen Bäume 23, die heutige Gaststätte „Burghof“. Einst im Besitz des Bankiers Moritz Herz, ist es heute als das Haus der Gestapo im kollektiven Gedächtnis der älteren Gießener Einwohner verankert.



Abb. 14: Das Bankhaus Herz (Pfeil), rechts neben dem Universitäts-Café, heute McDonalds (Stadtarchiv Gießen)

Die Gestapo hatte auf das Haus schon lange ein begehrlisches Auge geworfen. Der Dienststellenleiter der Gestapo Darmstadt, Piffrader, fuhr mit einem Sachbearbeiter der Gestapozentrale Berlin eigens nach Gießen, um sich ein neues Domizil für die Außenstelle zu suchen. Die Gestapo beschlagnahmte das Haus, Herz nötigte man noch angeblich in

einem Konzentrationslager unter vorgehaltener Pistole die Safekombination ab, das Haus wechselte dann in den Besitz der Gestapo.⁶¹

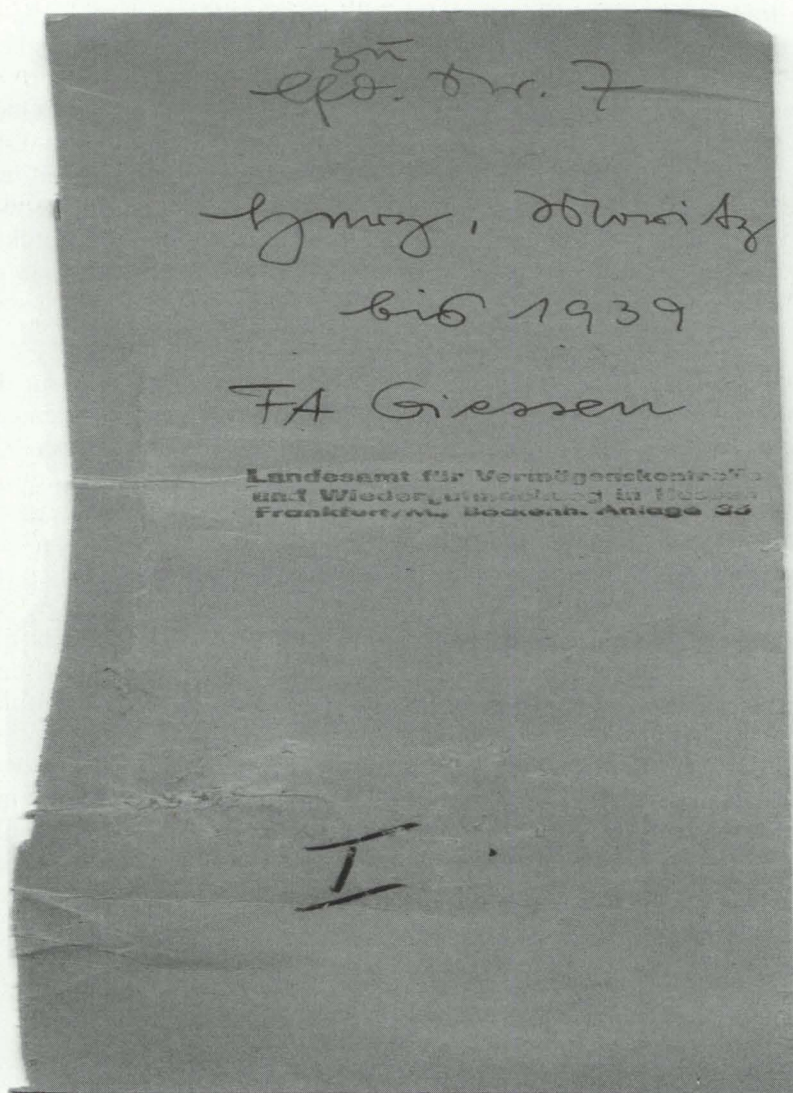


Abb. 15: Letzte Station: „Gen[eral]-Gouvernement“ - d.h. vermutlich sofortiger Tod in der Gaskammer

61 Vgl. die Rückerstattungsverfahren HHStA W, Abt. 519/2, Nr. 1624, 2753, 1623, 1552, 1553.

Im September 1942 wurde auch Moritz Herz mit seinen Töchtern Lotti und Guido Werner in eines der Vernichtungslager deportiert. Sein Vermögen war eines der umfangreichsten, das das Finanzamt Gießen verwertete. Die erhalten gebliebene Verwertungsakte zeigt nicht nur das Umfeld und den Ablauf des bürokratischen Vorgangs, sondern auch den Wettlauf mit der Gestapo. Die Kompetenz- und Aufgabenverteilung innerhalb der Finanzämter nach den Deportationen im Winter 1941 und Frühjahr 1942 war in den beiden hessischen Oberfinanzpräsidien zunächst unterschiedlich geregelt: Während im OFP Kassel in den größeren Städten eigene Verwertungsstellen mit aus mehreren Finanzbeamten delegierten Verwertungsstellen entstanden bzw. vorwiegend die Mitarbeiter der Liegenschaftsstellen unter direkter Aufsicht des Finanzamtsvorstehers mit der Verwaltung und Verwertung betraut wurden, waren im Bereich des OFP Hessen in Darmstadt zunächst die Vollstreckungsstellen damit beauftragt.⁶²

Zwei Monate später wies Dr. Werth jedoch darauf hin, dass für das immobile Vermögen die Liegenschaftsabteilungen zuständig seien, die je nach Arbeitsanfall den nun zu gründenden Verwertungsstellen Zuarbeit leisten mussten. Bei „starkem Arbeitsanfall“ sei aufgrund der mit „größter Beschleunigung“ durchzuführenden Arbeit auch auf geeignete Arbeitskräfte anderer Arbeitsgebiete zurückzugreifen.⁶³ Bis zu den letzten größeren Deportationen nach Theresienstadt waren natürlich nur die Finanzämter befasst, aus deren Bezirk einzelne Personen abtransportiert worden waren. Mit dem September wurden nun alle Finanzämter aufgefordert, auch Gießen, Verwertungsstellen nach dem gängigen Muster einzurichten, ein zweites, ausführlicheres Merkblatt regelte Verwaltung und Verwertung, auch wenn der Oberfinanzpräsident einräumte, dass hiermit „keineswegs alle mit dem Judenvermögen verbundenen Fragen gelöst“ werden könnten: „Die Verwaltung und Verwertung wird nur dann den erwarteten Nutzen bringen, wenn alle mit ihr befaßten Arbeitskräfte das größte praktische Verständnis zeigen. Oft sind hier schnelle von bürokratischen Hemmungen freie Entscheidungen zu treffen.“⁶⁴

62 OFPräs. Hessen in Darmstadt, O 5210-1 P14, Persönliches Rundschreiben an die Herren Vorsteher der Finanzämter betr. Verwaltung und Verwertung des dem Reich verfallenen Vermögens, Regelung der Zuständigkeit, 12.3.1942, Fritz Bauer-Institut, OFD-Akten.

63 OFPräs. Hessen in Darmstadt, O 5210-7 P 184, Rundschreiben an die Finanz- und Reichsbauämter sowie die Devisenstelle, 8.5.1942, FBI, OFD-Akten.

64 OFPräs. Hessen in Darmstadt, O 5205-18 P 18, O 5210-25 P 18, Betr.: Verwaltung und Verwertung des dem Reich zugefallenen Vermögens der abgeschobenen Juden, 19.9.1942, FBI, OFD-Akten.

I. Name: Herz Vorname: Moritz geb. 11. 3. 79

II. abgeschoben am: ins Ausland am: Gen. Gouvernement

III. Vermögen ist verfallen oder eingezogen am:

IV. Vermögen übertragen am:

V. Vermögensaufstellung

Besitz		Schulden		RM	Franken
1. Grundbesitz		b. Wilhelmstr. Heidenau		600	
a)	verleitet an	W. Herz - Gießen	1023		
	verpachtet an	W. Herz	460		
	siehe Blatt	W. Herz - Gießen	678		
b)	verleitet an	W. Herz - Gießen	44		
	verpachtet an	W. Herz - Gießen	932		
	siehe Blatt	W. Herz - Gießen	41		
		W. Herz - Gießen	3.35	41.68	
		W. Herz - Gießen	20.15	41.68	
		W. Herz - Gießen	40	21.59	40
		W. Herz - Gießen	9	04	
2. Mobilien					
	N S V				
	Übergabe siehe Blatt 32				
	Dienststelle				
	Übergabe siehe Blatt				
	Verwaltung				
	Übergabe siehe Blatt				
	W. Herz - Gießen			350	
	Bl. 6: 70				
Übertrag: RM		Übertrag			

Abb. 15a: Penibel aufgelistet: das verbliebene Vermögen von Moritz Herz

Wie war die Giessener Verwertungsstelle eingerichtet?⁶⁵

Gemäß den Nachkriegsaussagen der Finanzbeamten in den Verhandlungen der Wiedergutmachungskammer Gießen lag die zentrale Leitung beim Amtsleiter Schmidt (die Verwertungsstelle selbst war im 3. Stock des Finanzamts). Ab 1943 assistierte ihm dabei der frühere Finanzamtsleiter von Hungen, Max Beuthner, der nach der Zusammenlegung der Finanzämter Gießen und Hungen nach Gießen versetzt worden war. Obersteuerinspektor Lang war mit ihm zugeteilten Beamten der Vollstreckungsstelle mit der Inventarisierung der Wohnungen „pp“ beauftragt, so Schmidt nach dem Zweiten Weltkrieg.⁶⁶ Die Verwaltung der Liegenschaften oblag dem Steuerinspektor Heinrich Lochmann. Nach der Auflösung des Finanzamts Hungen kam der dortige Verwertungsbeamte Friedrich Wiessmann zur Giessener Verwertungsstelle und unterstützte den 1944 noch eingezogenen Lochmann.

Lochmann nach dem Krieg über einen typischen Verwaltungsgang durch eines der Ghetto-Häuser:

„Ich war im Kriege einige Zeit als Sachbearbeiter für die Verwaltung der jüdischen Immobilien eingesetzt. Ich weiss daher auch über Möbel usw. Bescheid, die uns jedoch nicht viel Arbeit machten. Die Sache ging folgendermaßen vor sich: Nach dem Abtransport der jüdischen Bürger in 1942 wurden die Wohnungen von der Polizei versiegelt. Einige Zeit darauf bekamen wir Aufstellung über die Möbel zugeschickt. Ob die verlassenen Wohnungen damals von uns besichtigt worden waren, weiss ich nicht mehr bis auf einen Fall, wo ich zusammen mit dem Oberregierungsrat [Schmidt] eine Wohnung am Landgraf-Philipp-Platz besichtigt habe, die für Finanzbeamte übernommen werden sollte. [...] Es sollen viele Leute darin gewesen sein und die Wohnung war auch entsprechend vollgestellt. Nach der Zusendung der Verzeichnisse erhielten wir eine weitere Anweisung des Oberfinanzpräsidenten, die Möbel usw. an die NSV zu verkaufen. Zur Abschätzung des Preises wurde der Taxator Althoff hinzugezogen und die Möbel wurden dann an die NSV übergeben, womit unsere Tätigkeit in dieser Sache beendet war. Ich habe allerdings gehört, dass die Sachen später von der NSV in der Karlsruhe [Gaststätte in der Marburger Strasse] eingelagert worden sind. Von Einlagerungen in der Ludwigs-

65 Auch in Hungen war die Verwertung „Chefsache“. Beuthner arbeitete der Steuerinspektor Heinrich Keller zu, vgl. dessen Aussage o. Dt., Anlage zu den Terminprotokollen vom 11. September 1951, HHStA W, Abt. 519/2, Wiedergutmachungskammer Gießen, Rückerstattungsverfahren Fritz Krebs.

66 Schreiben ORR Wilhelm Schmidt an die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Gießen v. 11.9.1951, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStA W), Abt. 519/2, Wiedergutmachungskammer Gießen, Rückerstattungsverfahren Fritz Krebs.

burg, in der Volkshalle oder in der Wirtschaft Ludwigsburg weiss ich nichts. Ich weiss bestimmt, dass das Finanzamt Giessen keine Versteigerungen jüdischer Einrichtungsgegenstände hat durchführen lassen.“⁶⁷

Das Finanzamt war durch die Übernahme durch NSV-Kreisamtsleiter Hortig einer konfliktreichen Aufgabe entgangen, denn allzu oft gab es zwischen den NS-Dienststellen und dem Fiskus Streit um die Verteilung der Beute, beispielsweise in Marburg, wo sich zu kurz gekommene Parteigenossen mit einer gezielten Intrige gegen den ungeliebten Verwertungsbeamten Waldemar Kämmerling revanchierten.⁶⁸

Um Reibereien mit der Gestapo bei der Verwertung zu verhindern, wurden die jeweiligen Finanzämter noch einmal vom Oberfinanzpräsidenten Werth darauf hingewiesen, dass vor dem Abtransport ein Teil des Vermögens der Deportierten auf Sonderkonten der Reichsvereinigung „übertragen“ worden sei: Das „Sonderkonto H“ hatte man für die so genannten „Heimeinkaufsverträge“ für Theresienstadt eingerichtet worden, auf das „Sonderkonto W“ (W für „Wanderung“) waren die Transportkosten für die Fahrt in den Tod, in die Ghettos und Vernichtungslager einzuzahlen. Das Vermögen floss in die Kassen des Reichssicherheitshauptamtes, vorbei am Fiskus, der diesem Zugriff der SS auf das dem „Reich zustehende Vermögen“ fast tatenlos zusehen musste.⁶⁹ Auch Moritz Herz hatte einen Großteil seiner finanziellen Mittel auf diese Konten der Reichsvereinigung „gespendet“.

Doch Regierungsrat Wilhelm Schmidt mochte dem nicht tatenlos zusehen: Bei der Reichsvereinigung forderte er wenige Wochen nach der Deportation von Herz die für die Freigabe der für die Reichsfluchtsteuer gesperrte Sicherheit in Höhe von 30.000,-- RM, just jener Betrag, den Herz vor seinem Abtransport auf das Sonderkonto „W“ hatte „spenden“ müssen. Die Gießener Handels- und Gewerbebank hatte die Transaktion unter Hinweis auf die gesperrte Sicherheitsleistung verweigert, obwohl die zuständige Devisenstelle Darmstadt die Überweisung genehmigt hatte. Wie der Fall letztlich ausging, ist der Verwertungsakte nicht mehr zu entnehmen, die Rückerstattungsakte lässt mutmaßen, dass der Fiskus das Geld bekommen haben könnte.⁷⁰

67 Aussage Heinrich Lochmann, o. Dt., Anlage zu den Terminprotokollen vom 11. September 1951, HHStA W, Abt. 519/2, Wiedergutmachungskammer Gießen, Rückerstattungsverfahren Fritz Krebs.

68 HHStA W, Abt. 520, Marburg Fü-Z, Nr. 1 633.

69 OFPräs. Hessen in Darmstadt, O 5205-18 P 18, O 5210-25 P 18, Zweites Merkblatt für die Verwaltung und Verwertung ..., 19.9.1942, FBI, OFD-Akten.

70 Korrespondenz Vorsteher/Verwertungsstelle FA Gießen, O 5400-B 27-I 1/h mit der Reichsvereinigung der Juden, Bezirksstelle Hessen, Darmstadt, Oktober 1942 - Januar 1943, HHStA D, G 36 Gießen, Nr. 11.

46

Bezirksstelle Hessen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Abteilung:

An das
Finanzamt

Giessen

Bankkonto: Deutsche Bank, Fil. Mainz
Postfachkonto: Frankfurt a. M. 63618
Kassenbuch: Montag - Freitag 9 - 12/1
Fernsprecher: 33178 und 33737

Finanzamt Giessen

Eing.-4 NOV 1942

Anl.

Unter Zeichen: L/Sch Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Mainz, 2. November 42

Hoch-Wall-Strasse 2

Betreff: Moritz Israel Herz, früher Giessen.

Der nach dem Generalgouvernement abgewanderte Moritz Israel Herz, früher Giessen, hat vor seiner Abwanderung sein gesamtes Bar- und Bankguthaben auf uns zu Gunsten unseres Sonderkontos W übertragen. Das Bankguthaben steht bei der Handels- und Gewerbebank Giessen und betrug RM 30.385.--. Die Handels- und Gewerbebank hat uns nur RM 385.-- überwiesen mit dem Bemerkn., dass die übrigen RM 30.000.-- zu Ihren Gunsten gesperrt seien. Wir nehmen an, dass diese Sperrung für Reichsfluchtsteuer erfolgt ist. Die Reichsfluchtsteuer dürfte durch die übrigen Werte, die der Obengenannte hinterlassen hat, gedeckt sein.

Wir bitten daher, die gesperrten RM 30.000.-- zu unseren Gunsten freizugeben und bemerken dazu, dass die allgemeine Genehmigung der Devisenstelle Darmstadt vorliegt. Die listenmäßige Genehmigung der Übertragungen durch die Geh. Staatspolizei, Staatspolizeistelle Darmstadt ist am 7. Oktober 1942 und durch den Herrn Oberfinanzpräsidenten Hessen-Landesfinanzamt- am 21. Oktober 1942 erfolgt.

Die Übertragung Herz trägt die Nummer 69 der Liste.

205. 10.42 51957 - 100 11 A. 10.10.42 11/4
05205 - 112/11

Reichsvereinigung d. Juden in Deutschland
Bezirksstelle Hessen

Fritz Israel Löwenberg

Abb. 16: Verteilungskämpfe (HStAD, G36 Gießen, Nr. 11)

Aber auch der immobile Besitz von Herz brachte dem Fiskus noch genug ein:

332

Oberhess. Museum.

 Giessen, den 27. August 1943. Finanzamt Giessen
 An
 das Finanzamt,
 Giessen

 Betr.: Erwerb von Gemälden aus dem ehemal. Vermögensbestand von Juden

Der Herr Oberbürgermeister genehmigte den Erwerb der drei ausgesuchten Bilder zu den durch den Kunsthändler Hirz aus Giessen geschätzten Preisen:

1.) Franz Simm - Myth. Szene - Ölbild -	=	400.- RMk
2.) Le Noircout - Fischer - "	=	400.- "
3.) Thielmann - Hess. Bauern - Radierung	=	10.- "
	=	810.- RMk

Ich habe Herrn Hirz um die Bewertung der Bilder gebeten, weil er Fachmann und als Kunsthändler Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste ist.
 Ich bitte um die Genehmigung des Kaufes.

H. Hirz

09.10.43-14

Abb. 17: Auch das Oberhessische Museum erwarb Bilder aus dem Besitz der Familie Herz

Die Ghettoverwaltung Litzmannstadt erwarb eine Nähmaschine, die Gemäldesammlung wurde teils in Frankfurt, teils in Gießen verkauft. Im April 1943 und Januar 1944 versteigerten die Frankfurter Auktionshäuser Franz Pfaff und August Danz Ölgemälde und Bilder im Wert von über 6.000 RM, das Oberhessische Museum erwarb im August 1943 drei Bilder für seine Gemäldesammlung für 810 RM. Die Briefmarkensammlung ging an die zentrale Verwertungsstelle dafür in Berlin, die Städtischen Pfandleihe, die auch Metallgegenstände und Schmuck verwertete. Auch die NSDAP-Kreisleitung erwarb Mobiliar. Das Finanzamt zog noch ausstehende Forderungen von Herz ein - das Bankhaus bestand de nomine noch aus diesem Grund; abzüglich Wasser-, Gas- und Stromverbrauch, Transportkosten für die zu versteigernden Bilder nach Frankfurt erbrachte die Verwertung des Hausrats schließlich fast 37.000 RM.

Doch nicht nur bei den großbürgerlichen Giessener Familien verkaufte der Fiskus alles, was verwertbar, auch bei den zumeist sehr bescheiden lebenden oberhessischen Landjuden, erbrachte die Verwertung lohnenswerte Güter.

VIX. Nachbarskinder - Espa: Ein Dorf und seine Juden

Die Familie von Baruch Grünebaum lebte seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts als Bauern in dem kleinen ehemaligen Bergarbeiterdorf Espa bei Butzbach, heute ein Ortsteil von Langgöns. Infolge der Armut der ländlichen Bevölkerung, wie sie Georg Büchner in seinem „Hessischen Landboten“ eindrücklich beschrieben hat, wanderten in diesen Jahrzehnten immer wieder zahlreiche Kleinbauern und Tagelöhner nach Übersee aus, darunter auch einige Geschwister von Baruch Grünebaum. Aus seiner Ehe mit Regine Katz aus Steinbach bei Gießen gingen drei Kinder hervor: Rosa, Berta und Hugo. Während die beiden Mädchen keinen Beruf erlernten und in der Landwirtschaft halfen, heiratete Hugo eine Verkäuferin aus Laasphe, Johanna Brill, die sich als tüchtige Hausfrau, geschickte Näherin und immer hilfsbereite Nachbarin in Espa großer Beliebtheit erfreute.

Das Leben der Grünebaums unterschied sich in Nichts von dem ihrer Nachbarn. Hugo Grünebaum engagierte sich als Soldat des Ersten Weltkriegs im örtlichen Kriegerverein, war Mitglied des Gesangsvereins „Harmonie“, seine jüngere Schwester Berta galt als Dorfschönheit und nicht zuletzt wegen ihrer Aussteuer als gute Partie.

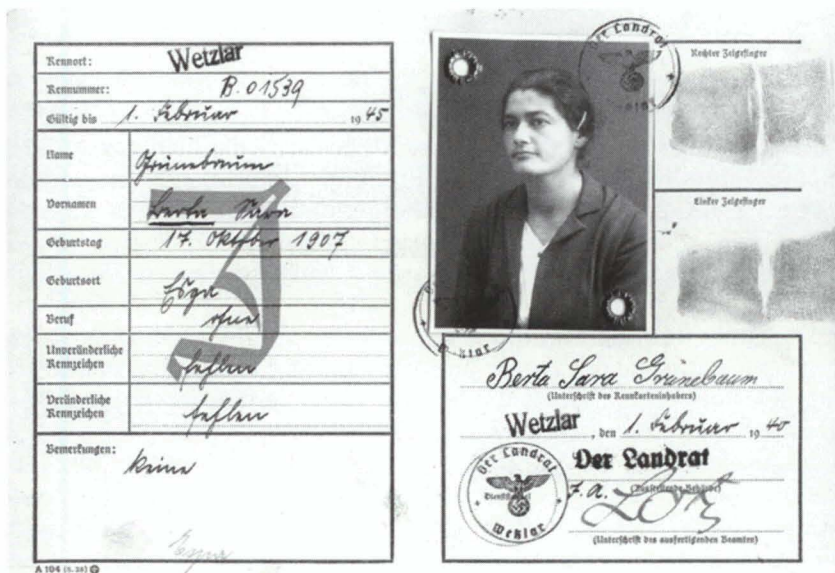



Abb. 18a Berta Grünebaum (Kennkarten-Doubletten, Gemeindearchiv Langgöns)

Kennort:	Wetzlar	
Kennnummer:	B 01541	
Gültig bis	1. Februar	19 45
Name	Grünebaum	
Vornamen	Baruch	
Geburtsort	S. Hain 1889	
Geburtsort	Löhn / Die Kerkler	
Beruf	Kaufmann	
Unveränderliche Kennzeichen	Lohn	
Veränderliche Kennzeichen	Lohn	
Bemerkungen:	Kain	

A 104 (1. 10. 1945)



Wetzlar, den 1. Februar 19 45

Der Landrat
F. A. Loh

(Unterschrift des ausfertigen Beamten)

Abb. 18b: Baruch Grünebaum (Kennkarten-Doubletten, Gemeindearchiv Langgöns)

Kennort:	Wetzlar	
Kennnummer:	B 01548	
Gültig bis	1. Februar	19 45
Name	Grünebaum, Joh. Brill	
Vornamen	Johanna, Korn	
Geburtsort	S. Hain 1893	
Geburtsort	Löhn / Die Kerkler	
Beruf	Korn	
Unveränderliche Kennzeichen	Lohn	
Veränderliche Kennzeichen	Lohn	
Bemerkungen:	Kain	

A 104 (1. 10. 1945)



Wetzlar, den 1. Februar 19 45

Der Landrat
F. A. Loh

(Unterschrift des ausfertigen Beamten)

Abb. 18c: Johanna Grünebaum (Kennkarten-Doubletten, Gemeindearchiv Langgöns)

Kennort: Wetzlar	
Kennnummer: B. 01543	
Gültig bis 1. Februar 19 45	
Nachname	Grünebaum
Vorname	Rosa
Geburtsort	Wetzlar
Geburtsort	Wetzlar
Beruf	Lehrerin
Unveränderliche Kennzeichen	Wetzlar
Veränderliche Kennzeichen	Wetzlar
Bemerkungen: Keine	

A 104 (4-30) ©

	Nachtr. Zeugnissen
	Eintr. Zeugnissen
Rosa Rosa Grünebaum (Unterschrift des Kennkarteninhabers) Wetzlar , den 1. Februar 19 45  Der Landrat F. A. (Staatliche Bediensteter) (Unterschrift des ausfertigen Beamten)	

Abb. 18d: Rosa Grünebaum (Kennkarten-Doubletten, Gemeindearchiv Langgöns)

Kennort: Wetzlar	
Kennnummer: B. 01542	
Gültig bis 1. Februar 19 45	
Nachname	Grünebaum
Vorname	Hugo
Geburtsort	Wetzlar
Geburtsort	Wetzlar
Beruf	Lehrer
Unveränderliche Kennzeichen	Wetzlar
Veränderliche Kennzeichen	Wetzlar
Bemerkungen: Keine	

A 104 (4-30) ©



	Nachtr. Zeugnissen
	Eintr. Zeugnissen
Hugo Hugo Grünebaum (Unterschrift des Kennkarteninhabers) Wetzlar , den 1. Februar 19 45  Der Landrat F. A. (Staatliche Bediensteter) (Unterschrift des ausfertigen Beamten)	

Abb. 18e: Hugo Grünebaum (Kennkarten-Doubletten, Gemeindearchiv Langgöns)

Kennort:	Wetzlar
Kennnummer:	30544
Gültig bis:	1. Februar 1945
Name:	Grünebaum Joh. Rüd.
Vornamen:	Regine Rüd.
Geburtsort:	23. September 1863
Geburtsort:	Wetzlar 4. Februar
Beruf:	Lehrer
Unveränderliche Kennzeichen:	Wetzlar
Veränderliche Kennzeichen:	Wetzlar
Bemerkungen:	Wetzlar




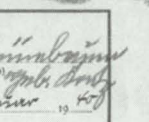
	
	
Regine Rüd. Grünebaum (Unterschrift des Kennkarteninhabers) Wetzlar , den 1. Februar 19 45 Der Landrat F. H. (Unterschrift des ausfertigen Beamten)	

Abb. 18.f: Regine Grünebaum (Kennkarten-Doubletten, Gemeindearchiv Langgöns)

Auch nach 1933 änderte sich zunächst wenig. die Schikanen und Denunziationen einzelner Nachbarn blieben ohne größere Resonanz. Der Bürgermeister galt als „Judenfreund“, einige der NS-Aktivistinnen wurden als Unruhestifter und Außenseiter der dörflichen Gemeinschaft betrachtet, wie beispielsweise der direkte Nachbar der Familie Grünebaum, Jakob Schäfer, der sein Hoftor demonstrativ mit dem „Stürmer“ plakatierte.

Trotz vereinzelter Drohungen blieb es auch in der „Reichskristallnacht“ in Espa ruhig. Ein nächtlicher Steinwurf im darauf folgenden Jahr, im November 1939, konnte als Tat einiger NS-Aktivistinnen aus dem Nachbardorf Weiperfelden aufgeklärt werden. Auch für die Gestapo und den Fiskus war die wenig vermögende Familie zunächst ohne Interesse. Hugo und Baruch Grünebaum mussten keine Judenvermögensabgabe zahlen, sie besaßen weder Wertgegenstände noch nennenswerten Grundbesitz oder Devisen, ihre beschränkt verfügbaren Sicherungskonten bei der Bank in Butzbach enthielten wenig mehr als einen Notgroschen. Ein großes Loch ins Haushaltsbudget riss der Schulbesuch der Tochter von Johanna und Hugo, Reinhilde, in Frankfurt. Vermutlich auch deshalb dachte die Familie trotz der Verwandten in den USA und Großbritannien nicht an eine Auswanderung.

Im Dezember 1940 starb Baruch Grünebaum und wurde in Espa beerdigt. Im Juni 1942 wurde die Familie Grünebaum bis auf die greise Regine über Frankfurt in die Vernichtungslager im Osten deportiert. Kurz darauf erschienen Beamte vom Finanzamt Wetzlar, versiegelten das Haus und entnahmen einen Teil der Wäsche für die Wehrmacht. Wenige Wochen später wurde im Hof Vieh, Hausrat und Mobiliar an die Dorfbewohner öffentlich versteigert.

Wie dies in den kleinen Dörfern Oberhessens so ablief,⁷¹ schilderte der im Rückerstattungsverfahren aussagende, damals mit der Versteigerung betraute Wetzlarer Finanzbeamte, Steuersekretär Wilhelm Schmidt 1953 (zu diesem Zeitpunkt immer noch beim Finanzamt Wetzlar tätig). Er führte die Auktion in der Hofreite im Juni oder Juli 1942 durch, unter den Augen von Regine Grünebaum.

Lassen wir den Finanzbeamten, der im Gegensatz zu vielen seiner Berufskollegen nach 1945 nicht unter dem typisch deutschen Gedächtnisschwund litt und sich in seiner Wortwahl wohltuend abhob, selbst zu Wort kommen und den Ablauf, aber auch die Atmosphäre bei einer jener Versteigerungen schildern:

„Ich heiße Wilhelm Schäfer, bin Steuersekretär am Finanzamt in Wetzlar, wohne in Niederwetz, Krs. Wetzlar [etwa 20 km vom Ort Espa], ich bin verheiratet und 51 Jahre alt.

Zur Sache: Ich war damals dienstlich mit einem Kollegen des Finanzamts [Obersteuersekretär Heinrich Bröhmer aus Werdorf] und dem Leiter der Preis-Prüfungsstelle des Landratsamts mit der Verwaltung der Vermögen der deportierten jüdischen Bürger befasst. Ich hatte damals etwa 60 Fälle zu bearbeiten [...]. In Espa war es jedoch nur eine Familie, und zwar die Familie Grünbaum, deren Mitglieder bereits weg waren; nur eine alte Frau lebte noch im Hause. Das war im Jahr 1942, wohl im Frühjahr.

Ich kann mich noch an folgende Dinge erinnern:

3 Stück Vieh, wohl 2 Kühe und 1 Rind. Ich meine, die Tiere waren unterschiedlicher Güte. Diese habe ich jedoch nicht versteigert. Sie gingen an die Viehverwertungs-Genossenschaft. Alle anderen Sachen

71 Das Dorf Espa gehörte damals zum Kreis Wetzlar, also dem Regierungsbezirk Wiesbaden, der wiederum zum OFP Kassel zählte. Dort war die Verwertung des Hausrats anders geregelt als im OFP Darmstadt: Im OFP Darmstadt liefen die Versteigerungen über die NSV, im Bereich des OFP Kassel über Auktionshäuser, Gerichtsvollzieher und eigens eingesetzte Abwickler. Ansonsten galten die gleichen Richtlinien hinsichtlich Käuferkreis (vorrangig Kinderreiche, Kriegsgeschädigte, Witwen, verdiente Parteigenossen, Auslandsdeutsche und Ausgebombte) und Verkaufspreis.

sind an Ort und Stelle versteigert worden. Wir haben aber einige Sachen über unseren Auftrag hinaus der alten Frau belassen.

Ich möchte vorweg bemerken, daß ich vom Lande stamme und ein Urteil über die Einrichtung eines kleinen Bauernhofes habe. Die Familie Grünbaum war im ganzen, d. h. landwirtschaftlich und im Haushalt recht primitiv eingerichtet. Sie hatte z. B. einen ganz alten Pflug, wie man ihn vor 20 Jahren hatte.

Es kamen dort zur Versteigerung:

8-10 Hühner

1 Kuhwagen

1 Pflug

1 Egge

und wahrscheinlich kleines Gerät.

An besonders grössere Sachen kann ich mich nicht mehr erinnern. Wieviele Räume das Haus enthielt, weiß ich nicht mehr [...]. Ich kann kein Möbelstück mehr im einzelnen angeben, außer einem sehr wurmstichigen Schrank. Das Schlafzimmer hatte zwei Betten, nicht poliert, sondern gestrichen, ich meine Betten mit Knöpfen an den Fußenden. Besondere Kleidungsstücke habe ich nicht in Erinnerung. Dagegen entsinne ich mich gut an eine verhältnismässig reichhaltige Wäscheausstattung. Die besten Stücke mussten wir weisungsgemäß aussortieren [für den Eigenbedarf der Reichsfinanzverwaltung, der Wehrmacht oder andere Institutionen] Sie wurden mitgenommen und unmittelbar an Lazarette usw. ausgeliefert. Ich erinnere mich an jene Ausstattung in Espa als eine der besten der mir Kreis bekannten jüdischen ländlichen Haushalte. Wie ich den Versteigerungserlös noch im Kopfe habe, meine ich, wir hätten 2500 - 2800 RM (also ohne die Kühe und die mitgenommenen Wäsche) erlöst.⁷²

Wie die jeweiligen Gegenstände zugeschlagen wurden, erinnerte sich zwei Käuferinnen, die Frau des Bürgermeisters, und eine ältere Hausfrau, die mit Bedauern in ihrer Aussage erkennen ließ, dass es ihr nicht gelungen war, die Nähmaschine und brauchbare Wäsche zu ersteigern:

72 Sitzungsprotokoll der Wiedergutmachungskammer R des Landgerichts Gießen vom 27.10.1953, HHStA W, Abt. 519/2, Nr. 2819, Rückerstattungssache Batt/Dt. Reich, HHStA W, Abt. 519, VG 3115, Nr. 424; Abt. 519/2, Nr. 2662, Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Gießen, Fall 363. Die Erben der ermordeten Familie Grünbaum erhielten 1953/54 eine Summe von 6.900 DM für den versteigerten Hausrat.

„Ich kenne den Haushalt Grünebaum aus früherer Zeit weniger. Ich habe jedoch bei der Versteigerung 3 Packen gekauft. Es wurden damals ein besseres Stück und etwas alte Wäsche zusammengepackt und mit je 5,- RM zugeschlagen. Von 3 Packen waren brauchbar: 1 Nachthemd, 1 Tischdecke und 1 Nachtjacke. Ich habe auch sonst keine gute Wäsche gesehen. Allerdings stand ich ganz hinter den Leuten. [...] Die [Näh]Maschine ist für 300,- RM weggegangen.“⁷³

Einige waren nicht gewillt, für den Besitz ihrer Nachbarn zu bezahlen: Während der Auktion gingen sie, darunter auch der „Stürmer“-Freund Schäfer, vorne ins Haus und holten sich Hausrat und Wäsche, während hinten im Hof die Finanzbeamten den Rest öffentlich versteigerten. Regine Grünebaum, die die Auktion im Hof miterlebt hatte, wurde im September nach Theresienstadt verschleppt. Ihre letzten Tage in Espa hatte sie in einem völlig leeren Haus verbracht, die Nachbarsfamilie Rühl versorgte sie heimlich mit Nahrung und Kleidung. Vorübergehenden rief sie aus dem Hof zu: „Der alte Gott lebt noch. Das rächt sich!“

Nach dem Ende des „Dritten Reichs“ bemühte sich der Bürgermeister des Ortes, den in England und den USA lebenden Erben, Informationen über das Schicksal ihrer ermordeten Verwandten und ihres Besitzes zukommen zu lassen. Das zitierte Protokoll der Wiedergutmachungskammer Gießen, die über die Entschädigung für den gestohlenen Hausrat entschied, listet präzise auf, was mit dem Eigentum der Grünebaums passierte und auch zum Teil, wer es erwarb. Noch heute ist in dem Dorf bekannt, wer beispielsweise das Schlafzimmer der jungen Grünebaums gekauft und was die Nähmaschine gekostet hatte.

Alles, was von den Grünebaums in Espa blieb, ist das heute zerstörte Grab von Baruch Grünebaum auf dem Jüdischen Friedhof, die Hofreite, ein bei der Versteigerung übrig gebliebener Gartenrechen und ein Tischtuch, das Johanna Grünebaum heimlich am Morgen der Deportation zur befreundeten Nachbarsfamilie Rühl, als ein letztes Andenken gebracht hatte, in dem Bewusstsein, nicht mehr zurückzukommen. Vermutlich schon wenige Tage nach ihrer Verschleppung wurden Johanna, Rosa, Berta, Reinhilde und Hugo Grünebaum in den Gaskammern von Sobibor und Majdanek ermordet.⁷⁴

73 Aussage Hilda Bangel und Lina Rühl, Espa, Anlage zum Sitzungsprotokoll der Wiedergutmachungskammer R des Landgerichts Gießen vom 27.10.1953, HHStA W, Abt. 519/2, Nr. 2819.

74 Vgl. die zitierten Rückerstattungsakten und JS-Akten Grünebaum, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden sowie Akten zur Familie Grünebaum im Gemeindearchiv Langgöns und Gespräche mit älteren Einwohnern Espas.

- X. „Ich bitte von diesen Gegenständen ... für eine etwa einzurichtende Wohnung des OFPräs sicherzustellen ...“ Der Oberfinanzpräsident und der Tod des Franz Soetbeer

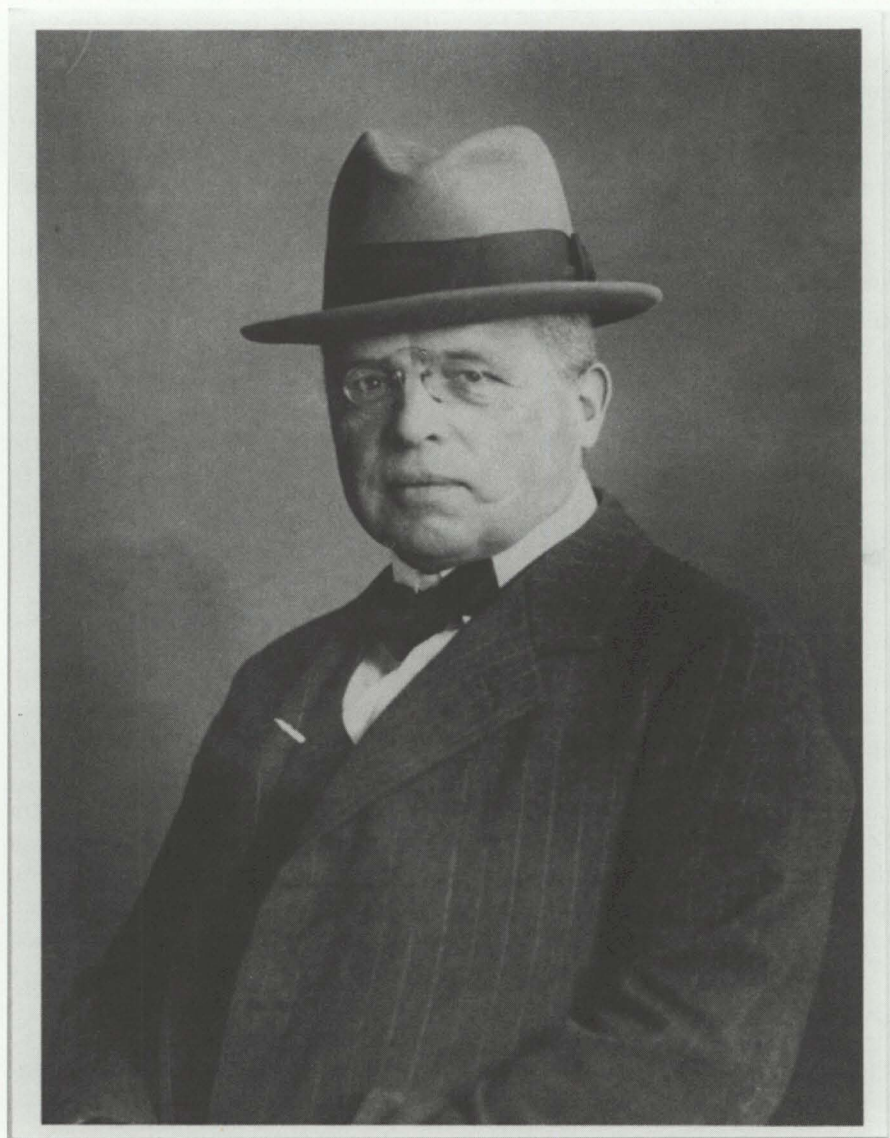


Abb. 19: Franz Soetbeer 1870-1943 (UAG, Akte Franz Soetbeer)

Der Fiskus wurde nicht nur bei der Verwaltung und Verwertung des Eigentums der ausgewanderten oder deportierten Juden tätig, sondern

auch in denjenigen Fällen, wo das Eigentum als das eines Staatsfeindes eingezogen wurde. Diesen Kniff nutzte man wie bereits beschrieben als Rechtsgrundlage, um bei der Deportation innerhalb des Deutschen Reiches - sowohl Theresienstadt wie Auschwitz lagen im neuen annektierten Reichsgebiet - und bei Einzelfällen an das jeweilige Vermögen zu kommen. Davon betroffen waren ausgebürgerte politische Gegner ebenso wie verurteilte Oppositionelle. Im Fall des Gießener Arztes Franz Soetbeer, 1943 angeblich im Zusammenhang mit der Verhaftungsaktion gegen den so genannten „Kaufmann-Will-Kreis“ inhaftiert, traf der Bannstrahl des Staates nicht nur einen politisch Missliebigen, sondern der Arzt galt nach den Nürnberger Gesetzen auch als „Halb-jude“.⁷⁵ 1870 in Altona geboren, hatte Soetbeer in Kiel und Jena Medizin studiert. Bis zu seiner Habilitation 1902 in Heidelberg arbeitet er zunächst in Jena in einer Kinderklinik. Seit 1905 lebte er in Gießen und wurde dort im Jahr 1908 an der Medizinischen Klinik zum außerordentlichen Professor ernannt, wo er als geschätzter Mediziner wirkte. Bekannt waren nicht nur seine fachlichen Qualitäten, er galt auch als vielseitig gebildeter und belesener Mann, dessen Villa eine gut sortierte Privatbibliothek beherbergte.⁷⁶ Standeskollegen monierten seinen nicht immer einfachen Charakter, und gerade die Nationalsozialisten in der Fakultät scheinen sein Ausscheiden im Frühjahr 1933 nicht bedauert zu haben.

Soetbeer kam in der Darmstädter Gestapo-Haft unter ungeklärten Umständen ums Leben, gemunkelt wird, dass er Selbstmord begangen habe. Nach dem Tod Soetbeers ließ die Gestapo den Hausrat verwerten. Von Nachbarn wurde beobachtet, wie sie den Inhalt des Weinkellers auf einen LKW vor dem Haus in der Alicenstrasse 6 für eigene Zwecke verladen ließ,⁷⁷ das Finanzamt Gießen übernahm das wertvolle Inventar und brachte es in einem der Möbellager, die für „Judenmöbel“ im Stadtgebiet bestanden, unter.⁷⁸ Besonders begehrt waren die Möbel und die große Bibliothek. Die Giessener Buchhandlung Schneider und Wagner („Goethe-Buchhandlung“) schätzte den belletristischen Teil und bereitete den Verkauf vor, zu dem es jedoch nicht mehr kommen

75 Rückerstattungsverfahren Emmi Soetbeer, HHStA W, Abt. 519/2, Nr. 2763 und 1556. Darin auch Teile bzw. Abschriften der nicht mehr existenten Verwertungsakte des Finanzamts Gießen.

76 Zu Details zur beruflichen Laufbahn vgl. die Akte Franz Soetbeer im Universitätsarchiv der JLU.

77 Tagebucheintrag Georg Edward v. 26. u. 27. März 1943, Faksimileabdruck bei Heyne, Judenverfolgung, S. 165 u. 269.

78 Anlage zu den Terminprotokollen vom 11. September 1951, HHStA W, Abt. 519/2, Wiedergutmachungskammer Gießen, Rückerstattungsverfahren Fritz Krebs.

sollte: Beim Luftangriff auf Gießen am 6. Dezember 1944 ging das Bücherlager in Flammen auf.⁷⁹



Abb. 20: Das ehemalige Haus von Franz Soetbeer in der Alicenstraße (Landesamt für Denkmalpflege)

Auch die wertvollen Lexika und Klassiker-Ausgaben können heute als verschollen gelten: Sie gingen zum Neuaufbau der ausgebombten Bibliothek des Reichsfinanzministeriums im März 1944 an das Finanzamt Arnstadt, wo entsprechende Bücher aus dem „dem Reich verfallenen Vermögen“ zentral gesammelt wurden.⁸⁰ Auch für die medizinischen Fachbücher gab es Interessenten: das Gauamt für Volksgesundheit in Bad Homburg. Ob es noch zur Abgabe der Bücher vor dem Dezember 1944 gekommen ist, ist den Akten nicht mehr zu entnehmen.

Die Bibliothek blieb bis heute verschwunden.

Erfolgreicher bei der Suche nach dem Eigentum ihres Mannes war die Witwe Emmi Soetbeer nach dem Krieg bei der wertvollen Woh-

⁷⁹ Aussage Adolf Wagner vor der Wiedergutmachungskammer Gießen, 2.3.1951, HHStA W, Abt. 519/2, Nr. 2763.

⁸⁰ Korrespondenz Reichsfinanzministerium-OFP-FA Gießen, Januar-März 1944, HHStA W, Abt. 519/2, Nr. 2763.

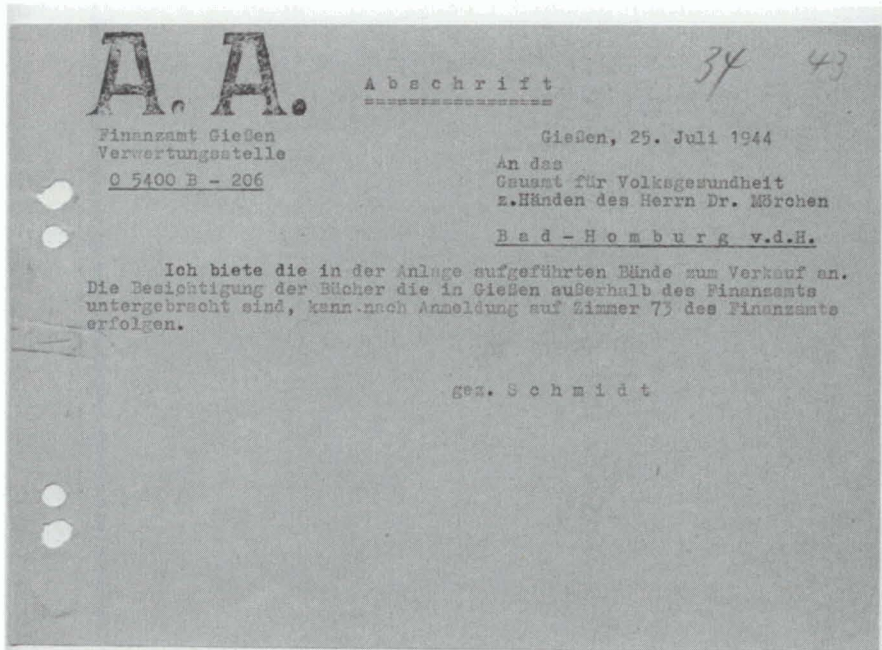


Abb. 21: Bücherverwertung zur Hebung der Volksgesundheit (HHStAW Abt. 518/2, Nr. 2763)

nungseinrichtung. Sie fand sich entweder zu großen Teilen noch in den Räumen des Finanzamts, denn der Oberfinanzpräsident hatte bei der Ausstattung der zerstörten Diensträume von Beginn der Luftangriffe darauf geachtet, die besseren Stücke des eingezogenen oder verfallenen Mobiliars für die Reichsfinanzverwaltung zu beanspruchen.⁸¹

Für seine ausgebombte Privatwohnung hatte sich Werth unter anderem mehrere Teppiche, den Kühlschrank, eine Couch, einen Staubsauger und eine Wohnzimmergarnitur aus Soetbeers „Nachlaß“ vorbehalten.⁸² Doch auch die ausgebombte Gefolgschaft des Finanzamts hatte sich in den Möbellagern bedienen dürfen: So fand sich das Schlafzimmer beim Mitarbeiter der Verwertungsstelle, Friedrich Wiessmann. Andere Haushaltsgegenstände hatte man Louis Stern nach seiner Rückkehr aus Theresienstadt überlassen. Alles, was sich im zerstörten Gießen noch fand, konnte Emmi Soetbeer in Empfang nehmen. Auch

81 Wiessmann, FA Gießen, Aktenvermerk, Aus dem Nachlaß von Prof. med. Dr. Soetbeer entnommenes Mobiliar, 28.11.1944, HHStA W, Abt. 519/2, Nr. 2763.

82 OFP Dr. Hans Werth an den Vorsteher des Finanzamts Gießen, 4.12.1944, ebd.

wenn dies nur noch wenig vom einstigen Besitz ihres Mannes war - das Ehepaar lebte bereits einige Jahre vor Soetbeers Verhaftung schon getrennt - so war die Witwe wesentlich erfolgreicher als die zumeist vom Ausland Nachforschungen anstellenden Erben der Ermordeten oder aus dem Land geflüchteten Juden.

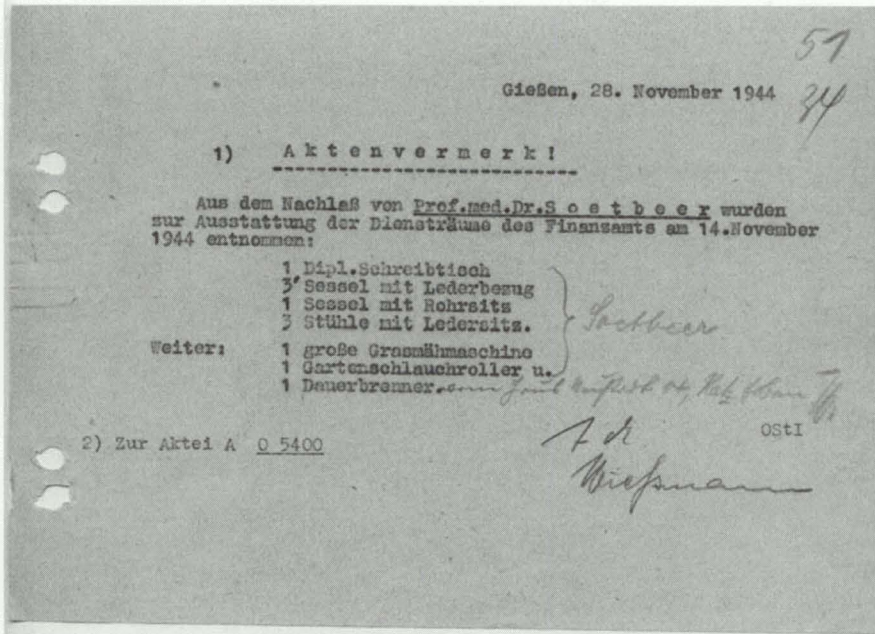


Abb. 22: Zur Ausstattung der Diensträume entnommen (HHStAW Abt. 518/2, Nr. 2763)

XI. Ausblick: Wiedergutmacht?

Eine neue populärwissenschaftliche Studie, die sich mit dem Raub jüdischen Vermögens befasst, kommt zu dem Schluss, dass nicht nur das Wirtschaftswunder, sondern auch die ökonomischen Erfolge zahlreicher deutscher Unternehmen bis in die jüngste Vergangenheit auf der Ausbeutung und Ausplünderung der jüdischen Mitbürger basieren.⁸³ Nicht wenige „Wirtschaftswunder-Kapitäne“ legten bei der Verwaltung und Verwertung den Grundstock ihres Vermögens wie beispielsweise ein Giessener Schreiner, der an der Verwertung des Mobiliars der De-

⁸³ Wolfgang Mönninghoff, Enteignung der Juden. Wunder der Wirtschaft, Erbe der Deutschen, Hamburg 2001.

portierten beteiligt war und heute mehrere Möbelhäuser in hessischen Städten sein Eigen nennt - in der Stadt Gießen übrigens kein Geheimnis. Aber auch auf den Dörfern ist heute zum Teil noch bekannt, wer bei den öffentlichen Versteigerungen das schöne Schlafzimmer erworben hat oder was die Nähmaschine der jüdischen Nachbarsfamilie gekostet hat. Nur wenige der deutschen Volksgenossen lehnten mit der Begründung den Erwerb ab, da „klebe Blut dran“.

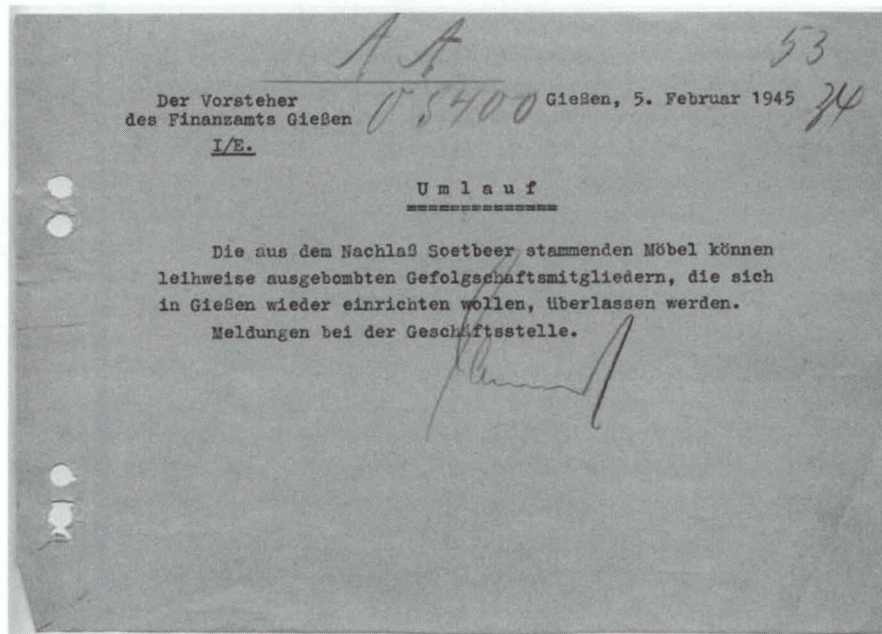


Abb.23: Finanzbeamte als Nutznießer (HHStAW Abt. 518/2, Nr. 2763)

In wie vielen Speichern und Wohnungszimmern, aber auch in Ausstellungsräumen, Kanzleien und Büroräumen, Stadtbüchereien, Theatern und Musikschulen mag heute noch ein „Judenstuhl“, eine „Judenlampe“, ein „Judenklavier“ oder eine schöne Vase stehen, von der gemunkelt wird, sie stamme „irgendwie von den Juden, als die im Krieg weggekommen seien“? Denn der „organisierte Raubmord“ an den Juden, um noch einmal Mathilde Cahns Tagebucheintrag zu zitieren, bedurfte nicht nur der Täter und Mittäter in den Amtsstuben der Finanzämter, sondern auch der Profiteure, die wohl ahnten oder wussten, dass die Nachbarn, Bekannten, Geschäftsfreunde, die jüdischen Einwohner ihrer Stadt nicht mehr zurückkommen würden. Das Jahrzehnte andauernde Schweigen war nicht zuletzt das Schweigen der Komplizen.